

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 24. Juli 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die konfessionellen Jugendvereinigungen.

Man schreibt uns:

In der Aussprache über die Organisation der Jugend ist vielfach auch hingewiesen worden auf die Anstrengungen, die von kirchlicher und bürgerlich politischer Seite gemacht werden, die schulentlassene Jugend zu sammeln, um sie zu bewahren vor Unglauben und „Umsturz“. Da dürften einige Angaben über die Geschichte, das Wesen und den Umfang der katholischen und evangelischen Jugendvereinsbewegung von Nutzen sein — um so mehr, als wir darauf zu sehen haben, die Arbeiterjugend vor den Reizen der zweifelhaften Volks- und Menschenfreunde im christlichen Gewande zu bewahren, und um das zu können, vor allen Dingen über die Bestrebungen, die Ziele und die Erfolge im gegnerischen Lager unterrichtet sein müssen.

Die katholische Kirche hat schon zeitig angefangen, die schulentlassene Jugend zu organisieren. Die Art, wie das geschah, war sehr mannigfaltig, und verschieden waren auch die Namen, unter denen diese Organisationen auftraten: Jünglingskongregationen, Jünglingsvereine, Lehrlingsvereine usw. Gemeinsam war ihnen der religiöse Charakter, der bei der einen Art stärker, bei der anderen weniger stark hervortrat, immer aber die Grundlage der Vereinsbestrebungen blieb. Im Jahre 1899 hat der Volksverein für das katholische Deutschland durch seine Zentralstelle mittels Fragebogen im ganzen Deutschen Reich eine Umfrage gehalten und dabei festgestellt, daß es damals gab 115 Lehrlingsvereine, 25 Vereine für jugendliche Arbeiter und 605 Jünglingsvereine (Sodalitäten, Kongregationen), insgesamt 745 Vereinigungen mit rund 140 000 Mitgliedern. Nach den einzelnen Diözesen betrug die Zahl der Vereine in Köln 140, Trier 120, Münster 201, Baderborn 140, Limburg 16, Hildesheim 9, Osnabrück 35, Delegaturbezirk Berlin 17, Breslau 1, Augsburg 13, Bamberg 8, München 8, Regensburg 6, Speyer 17, Würzburg 2, Kottenburg 20, Freiburg 22, Mainz 26, Metz 6, Straßburg 43. Die Statistik ist, da sie sich auf eine Umfrage gründete, unvollständig; sie ist auch, da es bisher an einem engeren Zusammenschluß der katholischen Jünglingsvereine fehlte, nicht vervollständigt worden. Nach privaten Mitteilungen, die mir von kundiger Stelle zugegangen sind, rechnet man gegenwärtig in Deutschland mit rund 1800 Jünglingsvereinigungen, die ebenso wie den einheitlichen Zusammenschluß, so auch die einheitliche Verfassung vermissen lassen. Was Bismarck betrifft, so herrschen in der Diözese Baderborn die Marianischen Sodalitäten vor, die teils ausschließlich, teils vorwiegend in der Kirche ihre Vereinsstätigkeit ausüben. In der Diözese Münster weist man die Arbeiter vom 17. Lebensjahre den Arbeitervereinen zu; sehr verbreitet sind die Jünglingskongregationen, vielfach auch mit außerkirchlichen Veranstaltungen. In der Erzdiözese Köln sind die Kongregationen vorherrschend, die Ausbreitung weltlicher Jünglingsvereine ist auf große Schwierigkeiten gestoßen. In Süddeutschland ist das Bild noch vielgestaltiger; es gibt dort reine Lehrlingsvereine, Jugendabteilungen im Anschluß an die Arbeiter- und Gesellenvereine, Jünglingskongregationen mit fast nur religiösen Zwecken, Jugendvereine mit vorwiegend sozialwirtschaftlichen und geselligen Aufgaben, endlich solche Organisationen, die das religiöse mit dem sozialwirtschaftlichen und geselligen Moment verbinden.

Im allgemeinen kann man sagen, daß die Kongregationen, d. h. die rein kirchlich-religiösen Vereinigungen, überwiegen und daß auch in den übrigen Vereinigungen mit den mancherlei Namen die religiöse Betätigung und Gesinnung die Grundlage des Vereinslebens bilden. Neuerdings machen sich nun im Bereiche der katholischen Jünglingsvereine Reformbestrebungen geltend, und zwar in drei Richtungen: 1. bezüglich des Zusammenschlusses der Vereine unter sich; 2. bezüglich der Erweiterung der Aufgaben nach der sozialpolitischen Seite hin; 3. bezüglich der Annäherung oder des Anschlusses an die Arbeiter- und Gesellenvereine. Die Zentralisationsbestrebungen nahmen ihren Ausgang von den Vereinspräsidenten der Erzdiözese Köln, die bereits 1895 ein Diözesan Komitee bildeten und ein Korrespondenzblatt für die Präsidenten der katholischen Jugendvereinigungen Deutschlands gründeten; dem Kölner Diözesanverbande folgte der Trierer und Baderborner. 1897 wurde dann in Köln im Bessein von Vertretern aus zehn Diözesen ein Zentralverband der Jünglingsvereine Deutschlands gegründet. Indes blieb diese Gründung auf dem Papier bestehen; erst auf der Generalversammlung der Präsidenten in Mainz 1907 kam die Frage zur endgültigen Regelung. Dort schlossen sich die Diözesanverbände zu einem Gesamtverbande zusammen, ein Zentralkomitee wurde eingerichtet, ein Generalsekretär gewählt, dem Sekretäre für die Diözesanverbände zur Seite stehen, außerdem noch der Gesamtverband in eine west-, ost-, mittel- und süddeutsche Gruppe zerlegt, die selbständige Generalversammlungen abhalten. In Mainz wurde so dann auch die Notwendigkeit der sozialen Schulung der katholischen Jugend betont, die dazu dienen soll, die Jünglingsvereine als Vorstufe für die sogenannten Landesvereine, d. h. die katholischen Arbeiter-

und Gesellenvereine, zu gestalten. Bisher standen die Jugendvereinigungen ebenso isoliert untereinander wie den anderen Arbeiterorganisationen auf katholischer Seite gegenüber. Um den hier fehlenden Zusammenhang herzustellen, soll sich nach den Beratungen einer im Januar 1907 abgehaltenen Konferenz von Vertretern der in Betracht kommenden Organisationen das katholische Jugendvereinswesen in Zukunft wie folgt gestalten:

- I. Für die Jugend vom 14. bis 17. Lebensjahre: Kongregationen als gemischte Vereinigungen mit vorwiegend, aber nicht ausschließlich religiösem Charakter für die gesamte erwerbstätige Jugend.
- II. Für die Jugend vom 17. Lebensjahre bis zur Verheiratung:
 - 1. für die jungen Handwerker:
 - a. Gesellenvereine als Vereine ausschließlich für Handwerks- und Fabriksgesellen.
 - b. Josephsvereine als gemischte Vereine für junge Handwerker und Arbeiter in Gemeinden, wo besondere Landesvereine nicht möglich oder nicht nötig sind.
 - 2. für die jungen Arbeiter:
 - a. Vereine junger Arbeiter in Gemeinden mit großer Arbeiterbevölkerung.
 - b. Jugendabteilungen des Arbeitervereins oder auch Kongregationen mit einer älteren Abteilung in Gemeinden mit fast nur Arbeiterbevölkerung.
 - c. Josephsvereine (siehe oben);
 - 3. für die Angehörigen der übrigen Stände:
 - a. Ältere Abteilungen der Kongregationen, wenn genügende Anzahl dafür vorhanden ist, sonst
 - b. die gewöhnliche Seelsorge.

Das Gesicht des Merikalismus, sich den jeweiligen Umständen anzupassen und für jeden Interessentenkreis und jede Bestrebung die geeignete Organisation zu finden, offenbart sich auch hier. Ohne Zweifel machen sich im ultramontanen Lager gegenwärtig starke Bestrebungen geltend, die katholische Jugend in weitem Umfange als bisher zu sammeln, sie enger den bestehenden Organisationen anzuschließen und sie dadurch völlig der Zentrumspolitik unterzuordnen. Es sei noch erwähnt, daß diejenige Richtung der katholischen Arbeiterbewegung, die ihren Sitz in Berlin und ihren hauptsächlichsten Anhang in den Diözesen Breslau und Trier hat, die Organisation der Jugend auf eigene Faust betreibt, selbstverständlich aber auch nur im Sinne und zum Besten des Zentrums.

Während auf evangelischer Seite die Arbeiterbewegung viel jüngeren Datums, dazu viel vertrorenener ist als auf katholischer Seite, verhält es sich bezüglich der Jugendvereinigungen umgekehrt. Evangelische Jünglingsvereine gibt es seit Anfang des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1845 traten die Jünglingsvereine des Westens bereits zu einem rheinisch-westfälischen Jünglingsbunde zusammen, der sich bald darauf zum westdeutschen Jünglingsbunde erweiterte. Seit 1896 gibt es einen deutschen Nationalbund, dem außer dem westdeutschen noch angehören der ostdeutsche (Berlin), süddeutsche (Stuttgart), norddeutsche (Altona), sächsische (Dresden), thüringische (Weimar), südöstliche (Breslau), oberheinische (Karlsruhe), elsässische (Straßburg). Nach § 1 des Statutes des Nationalbundes betrachten es die im angeschlossenen Vereine „als ihre höchste Aufgabe, christliche Gesinnung und christliches Leben unter der heranwachsenden männlichen Jugend unseres Volkes zu pflegen, ohne dabei andere berechnete Bedürfnisse ihres Alters außer acht zu lassen“. Gegenwärtig gibt es in Deutschland 1952 evangelische Jünglingsvereine mit 115 164 Mitgliedern; 112 Vereine besitzen Vereinshäuser im Werte von 8 Millionen Mark; 117 Berufsbeamte sind im Dienste der Jünglingsvereinsache tätig; außerdem gibt es noch 290 Vereine mit 5763 Mitgliedern, die nicht dem Nationalbunde angeschlossen sind. Besonders Eifer verwenden die Jünglingsvereine auf die Erhaltung der unter der Fahne stehenden Mitglieder (Soldatenmission, Soldatenheim, Soldatenzeitung). Der Nationalbund unterhält eine Unterstützungsstaffe „Brüderliebe“ für Sterbe- und Krankheitsfälle; im übrigen erstrecken sich die Bestrebungen der evangelischen Jünglingsvereine vorwiegend auf das religiöse Gebiet und die Pflege der Geselligkeit, wobei das Besondere eine bedeutende Rolle spielt. Neuerdings bemühen sich die Stöckerischen Christlichsozialen, Einfluß auf die Jünglingsvereine zu gewinnen und die aus dem Jugendalter austretenden Mitglieder zum Eintritt in die evangelischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften zu verpflichten.

Der Zahl nach sind die Jugendvereine auf evangelischer wie auf katholischer Seite nicht unbedeutend. Dem Gesamtverbande der katholischen Jugendvereinigungen sind bis jetzt 1200 Vereine mit rund 150 000 Mitglieder angeschlossen, man kann rechnen, daß auf katholischer Seite die vorhandenen Jugendvereinigungen ihre 200 000 Mitglieder zählen; dazu kommen 120 000 evangelisch organisierte Jünglinge — was beiderseits immerhin eine Mitgliederzahl von 320 000 ergäbe. So gering nun die Bedeutung der konfessionellen Jugendvereine für das politische und soziale Leben bisher war, so verdient doch das Augenmerk darauf gerichtet zu werden, daß neuerdings sich die Kirche im Bunde mit der bürgerlichen Welt eifrig bemüht, die Jünglingsvereine der christlichen Arbeiterbewegung näher zu führen und sie durch den Anschluß an diese der bürgerlichen Politik dienstbar

zu machen. Hand in Hand damit geht ein verstärktes Bemühen, die schulentlassene Jugend für die Jünglingsvereine zu gewinnen, um sie von dem Uebergang ins sozialdemokratische Lager abzuhalten, ein Bestreben, das durch die wohlwollende Haltung der Behörden gegenüber den konfessionellen Jugendvereinigungen wesentlich gefördert wird. Die Nutzenwendung für uns ergibt sich von selber: noch eifriger als unsere Gegner müssen wir sein, um die arbeitende Jugend für unsere Sache zu gewinnen. Partei und Gewerkschaft sind an dieser Frage in gleichem Maße beteiligt.

Tendenzen und Aussichten der jungtürkischen Bewegung.

Jeder Tag bringt jetzt aus der Türkei eine Kunde über Militärrebeln und über Attentate, die fast ausschließlich von Offizieren verübt werden. Keine der politischen Zeitungen weiß aber von dem Verhalten der großen Schichten der türkischen Bevölkerung zu dieser Bewegung zu berichten. Wie es scheint, nehmen die Volksmassen keinen Anteil an dieser Bewegung, sondern stehen ihr, wenn auch nicht gerade feindselig, so doch gleichgültig gegenüber.

Dieses Verhalten der Volksmassen ist nicht durch ihre politische Indifferenz, sondern durch den Charakter der jungtürkischen Partei selbst bedingt. Konstitutionell war diese Partei von jeher. Schon in ihrem ersten Manifest (1869) erklärte sie kategorisch: „Der Absolutismus ist immer gefährlich, — mag auch der Autokrat die vorzüglichsten persönlichen Eigenschaften besitzen.“ Allein in ihren Bestrebungen nahm sie stets zu wenig Rücksicht auf die Interessen der Volksmassen, sie stellte nie Forderungen, deren Erfüllung zur Besserung der wirtschaftlichen Lage dieser Volksmassen führen konnten. Auch in rein politischer Hinsicht war sie nie demokratisch. In einem 1876 an die europäischen Großmächte gerichteten Memorandum erklärte die Partei nur: „Das türkische Reich wäre gerettet, hätte es, anstatt eines Despoten, einen Monarchen, der Unterstützung finden könnte in einer aus Vertretern aller Nationalitäten und Konfessionen bestehenden Kammer. Hier liegt die richtige Lösung der Frage und diese Lösung widerspricht nicht dem Koran; die türkische Regierung muß eine gewählte sein.“ Also — Vertreter „aller Nationalitäten und Konfessionen“, da man ja die „Mächte“ für Beschützer der türkischen Christen hielt. Aber kein Wort über die soziale Zusammenfassung der erwünschten „Kammer“. Und nicht bloß aus Versehen werden in dieser, wie in anderen Grundgedanken der jungtürkischen Partei die sozialen und ökonomischen Fragen verschwiegen: die Partei vertrat nämlich die Interessen der ländlichen Aristokratie und eines Teiles der Kaufmannschaft, die natürlich keine weitgehenden Reformen wünschten. Das einzige, was man dem Volke versprechen konnte — war eine gewisse Milderung der Steuerlast. Mehr konnte die Partei dem Volke nicht versprechen, da sie eben eine Partei der höheren, besitzenden Klassen war. Das war aber viel zu wenig, um Unterstützung durch die Volksmassen zu finden.

Ohne diese Unterstützung aber sah sich die Partei nur auf ihre eigene Kraft angewiesen. Außer einem Teil der Offiziere, die die Interessen der aristokratischen Grundbesitzer vertraten, bestand die Partei noch aus liberalen Beamten, die des Komarillaregimes überdrüssig waren, und aus den gebildeten Teilen der Bourgeoisie. Von Zeit zu Zeit fand sie auch Unterstützung bei den Sofas (Studenten der Theologie in Konstantinopel). Daß man mit solchen Kräften keine großen Revolutionen machen kann, war klar. Daher suchten die Jungtürken stets ihre Bestrebungen mittels Militärrebeln und Palastrevolutionen zu verwirklichen. Im Jahre 1876 gelang es ihnen in der Tat, auf diesen Wegen einen Sieg zu erringen. Durch eine Palastrevolution, verbunden mit einer Militärrebeln und Sofarevolution, gelang es den „Jungtürken“, den Sultan Abdul-Aziz und in wenigen Tagen seinen Nachfolger Murad V. zu entthronen und von dem neuen Sultan, dem jetzt regierenden Abdul-Hamid, eine Konstitution zu erzwingen.

Die Konstitution — für deren eigentlichen Verfasser man den damaligen Führer der jungtürkischen Partei, Midhad-Pascha, hielt — wurde im Dezember 1876 veröffentlicht. Es war eine recht-elende Konstitution mit einem Zweikammerparlament und ziemlich beschränktem Wahlrecht. Am 7. März 1877 wurde das Parlament mit großer Feierlichkeit und einer vielversprechenden Thronrede eröffnet. Aber noch vor der Eröffnung des Parlaments war die Konterrevolution bereits reif. Dem Sultan gelang es nämlich durch Auszahlung des rückständigen Soldes und durch Versprechungen, die Soldaten für sich zu gewinnen. Auf dieselben Soldaten, die „die Revolution gemacht“ hatten, geschäft, begann er die Verfolgung der Jungtürken, wodurch die Partei in kurzer Zeit vollständig lahmgelegt wurde. Aus Furcht vor einer Völkerverheerung wagte es der Sultan zuerst nicht, gegen die Verfassung entschieden vorzugehen. Das Parlament wurde also einige Tage nach der Eröffnung zwar aufgelöst, aber neue Wahlen vorgenommen. Doch auch die zweite „Session“ dauerte nur wenige Tage. Da sich das Volk während der Konterrevolution ebenso gleichgültig verhielt wie vor und während der Revolution, so fand es der Sultan nach der zweiten Auflösung des Parlaments nicht mehr für nötig, weiter Konstitution zu spielen. Er schaffte zwar die Konstitution nicht ausdrücklich ab, betrieb aber das Parlament nicht mehr ein und regiert seit dreißig Jahren als unbeschränkter Selbstherrscher.

Schon aus dieser bösen Erfahrung könnten die Jungtürken den Schluß ziehen, daß, wenn man auch durch Militärrebeln und

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsstellige Annoncenzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengeluche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Palastrevolutionen den Sturz eines Herrschers oder unter Umständen gar einer ganzen Dynastie erreichen kann, diese Mittel durchaus nicht genügen, um eine wirkliche politische Revolution durchzuführen und tatsächlich und dauernd die politischen Verhältnisse in einem Staate zu ändern. Solch durchgreifende Umwälzungen können nur unter der Bedingung der entschiedensten Teilnahme der großen Volksmassen durchgeführt werden.

Leider aber scheinen auch die gegenwärtigen Führer der jungtürkischen Partei nicht ganz im Klaren zu sein über die wirklichen Ursachen der Niederlage, die diese Partei vor 30 Jahren erlitten hat. Wenigstens haben Sie, wie es scheint, nichts getan, um sich eine nähere Verbindung mit den Volksmassen zu schaffen. In ihrem Programm findet man auch jetzt keine Forderungen ökonomischer oder sozialpolitischer Natur. Auch in rein politischer Hinsicht ist das Programm genau dasselbe wie vor 30 Jahren; in keinem Punkte ist es zugunsten der arbeitenden Massen geändert worden. Hier dieses Programm, wie es ein Führer der Jungtürken dem Pariser Korrespondenten der Daily Mail vor einigen Tagen mitgeteilt hat: „Ein Parlament, dessen Mitglieder durch Volksdelegierte gewählt werden (also: indirekte Wahlen), ein Senat, der zum Teil durch den Sultan (I) ernannt wird, Abschaffung der ungleichen Behandlung der Religionen und Beibehaltung des Sultans, der, wenn er nicht die Beschlüsse des Parlaments befolgt, entthront werden kann.“

Es ist ja leicht zu begreifen, warum die Volksmassen nicht viel Begeisterung für dieses Programm zeigen und an der ganzen Bewegung fern bleiben, besteht stets die Gefahr, daß auf einen Sieg der konstitutionellen Bewegung wieder die absolutistische Reaktion folgt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juli 1908.

Die preussische Sparpolitik als Mörder.

Und sachverständigen Kreisen wird uns geschrieben: Am Schlusse des Artikels über die Kölner Katastrophe in Nr. 108 ist erwähnt, es sei kein verantwortlicher Regierungs-Baumeister vorhanden gewesen. Verantwortliche Regierungs-Baumeister gibt's eigentlich gar nicht in der Verwaltung, denn sie stehen immer unter einem höheren Baubeamten. Bei solchen großen Brückenbauten liegt der Schwerpunkt der Verantwortung im Bau-Ministerium, das sich durch Verträge mit den großen Brückenbau-Firmen entlastet und dann seine technischen Aufsichtsbeamten stellt. Für diese Firmen ist aber das Arbeiterleben so wohlfeil, wie für die Grubenbarone, Needer, Elektrizitätswerke usw.

In der Staatsbauverwaltung fehlt es aber mehr und mehr an tüchtigen technisch-fähigen Baubeamten aus folgenden Gründen: Unter Minister v. Tzielen, unter dem, wie erinnerlich, die zahlreichsten Eisenbahnunfälle vorkamen, wurde für die Baubeamten eine neue Studienordnung geschaffen. Die Bauführer, die früher bezahlt wurden und daher ernstlich auf dem Bau etwas tun mußten, sind aus Anlaß des alten Kampfes zwischen technischen und Verwaltungsbeamten nach dem Vorbilde der juristischen Karriere in diese Menschenverformungsmaschine amtlich eingezwängt worden und bekommen für den größten Teil der Bauzeit kein Geld mehr, sondern müssen bestimmte formalistisch-bürokratische Zeitabschnitte im Baubetriebsdienst unentgeltlich überstehen. Die jungen Leute lernen in der Stube schwimmen. Wer Selbsttrieb hat, der eignet sich ja manchen an, die meisten lernen von der Baupraxis heute noch viel weniger als früher, sie stehen auf dem Bau einen bestimmten Zeitabschnitt spazieren, der Baubeamte kann mit solcher unbezahlten Kraft nicht viel anfangen, er ist immer froh, wenn er sie wieder los ist.

Nach zwei oder drei Jahren wird der Bauführer auf Grund des Examens Regierungsbaumeister und fängt an, auf Kosten des Staates Erfahrungen zu sammeln, die er drei Jahre früher hätte erwerben müssen. Ja, der junge Regierungsbaumeister bekommt sogar häufig im ersten Jahre noch keine Bezahlung. Diese Ankauferei aus allerlei kleintlichen politischen Hintergründen, verbunden mit Ernennungsschwierigkeiten, fängt jetzt an, den Stand der Staatsbaubeamten mehr und mehr herabzudrücken. Es gibt nicht nur keine verantwortlichen Regierungsbaumeister, sondern auch keine hinreichende Zahl geprüfter Baumeister, die etwas verstehen.

Der Baumeister wird getragen von seinem Examentitel. Die technische Arbeit machen die Baufekretäre, das sind Stehtruppenproletariat mit Baugewerkschaftsbildung, die nach acht- bis zehnjähriger Arbeit bei den Baubehörden Beamte werden.

Trotzdem es so sehr an höheren Baubeamten fehlt, hat man eine neue bürokratische Schilane geschaffen für Leute, die ein schwaches Examen machen. Sie werden nicht zu Regierungsbaumeistern ernannt, sondern nur zu staatlich geprüften Baumeistern!

Nun ist aber bekannt, wie oft gerade Menschen mit mangelhaften Examenzeugnissen den Muster-Examinierten überlegen sind, und wenn hier bei der Brücke die nötige Aufsicht durch fähige Bauingenieure von Staats wegen gefehlt hat, so ist das nur eine Frucht des heute blühenden Bauparverfahrens. Die Staats-techniker erhalten zu spät Geld und werden nicht früh genug praktischer. Der Mangel praktischer Erfahrung in den höheren Beamtenstellen muß vielfach ersetzt werden durch Praktiker, die in den Händen der Unternehmerfirmen sind.

Seim Baumgut in Köln hat sich der Staat zu sehr auf die Unternehmerroutine verlassen. Im Hochbau ist es vielfach ebenso, das Leben der Arbeiter ist den Unternehmern ausgeliefert besonders in Zeiten einer niedergehenden Arbeits- und Beschäftigungslage. — Der Staat gewährt den Arbeitern einen Schutz nur auf dem Papier! —

Das Arbeitspensum des kommenden Reichstages

hat einen außerordentlich großen Umfang erreicht. Wenn nur die wesentlichen Entwürfe berücksichtigt werden, so hat der Reichstag noch die große Novelle zur Gewerbeordnung, worin der Arbeiterschutz eine Erweiterung und die Heimarbeit eine Regelung erfahren sollen, die Vorlage wegen der Sicherung der Bauforderungen und die außerordentliche umfangreiche Viehseuchengesetz-Novelle zu erledigen. Mit den ihm gleichfalls noch vorliegenden Entwürfen über das Hilfsklassenwesen und die Kaiserlichsteuer wird sich der Reichstag wohl zu beschäftigen haben, wenn ihm die Krankenversicherungsnovelle und die Finanzreform vorgelegt sein werden. Im Bundesrat sind von wichtigeren Entwürfen die über die Errichtung von Arbeitskammern sowie über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Die Novelle zur Straßenzonierung soll ihm zugegangen sein. Es sind sodann von Entwürfen der öffentlichen Kritik das Reichsapothekengesetz, das Kurpfuscher- und Geheimmittelgesetz, das Weingesez und die Novelle zum Gesetz über die

Verkäufung des unlauteren Wettbewerbs miterbreitet worden. Den wichtigsten Teil der nächsten Arbeiten des Reichstages werden neben dem Reichshaushaltsetat für 1909 die die Reichsfinanzreform betreffenden Gesetze, die Verbesserungsaufbesserungs-Vorlagen für die Reichsbeamten und Militärpersonen sowie die Serbistatistiken darstellen. In Vorbereitung ist weiter der große Kreis der das Arbeiterversicherungswesen betreffenden Entwürfe. Hier steht im Vordergrund der Entwurf über die Vereinheitlichung des Versicherungsrechtes. Ihm schließen sich an die Krankenversicherungsreform und die Arbeiter-Witwen- und Waisenversicherung, die nach dem Sozialgesetz von 1902 bis zum Beginn des Jahres 1910 gesetzlich geregelt sein soll. Es sind ferner noch Vorlagen von Regierungsvertretern in Arbeit: Entwürfe über die Erweiterung und den Verlust der Reichs- und Staatsangehörigkeit, über die Sonntagruhe im Handelsgewerbe, über die Heranziehung des Reichslokal zu den Gemeindefiscalen, über das Abbedeckelwesen, über die Telephongebühren, über eine Wiedervereinigung der Bestimmungen der Konkurrenzklause, eine Gewerbeordnungsnovelle, in der die Vorschriften über die Markthaltigkeit neu geregelt werden sollen, u. a.

Es ist natürlich anzuschließen, daß dieses Mengenquantum von Arbeit in einer Session zu erledigen ist, man kann im Gegenteil mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß die nächste Session — neben dem Etat — nicht viel mehr als die Finanzreform und das Beamtenbefolgungsgesetz fertig bringen wird. —

Ein neuer Protest der Studenten.

Gestern fand in den Sophienhöfen eine Protestversammlung der freien Studenten statt, die gegenüber der früheren Versammlung einen bedeutenden Fortschritt darstellt. Die Versammlung wurde von einem Komitee einberufen, dem das Vorgehen der Leitung der freien Studentenschaft gegenüber der unerträglichen, stumpfsinnigen Bevormundung mit Recht zu ängstlich erschien. Hatte in der früheren Versammlung oberflächlich persönliche Auffassung des Konflikts mit den Unversitätsbehörden dominiert, so trat gestern die prinzipiell-politische Auffassung in ihre Rechte.

Die Versammlung war sehr stark besucht. Der gestrige Vorträge, Kandidat Richter, erklärte zu Anfang, daß sich die vorige Leitung klamiert hätte, indem sie die politische Seite außer acht gelassen und die Presse und die öffentliche Meinung desavouiert habe. Aus dieser bewußten politischen Opposition heraus hat sich spontan ein Komitee zur Erlämpfung staatsbürgerlicher Gleichberechtigung mit Handlungsgehilfen und Arbeitern gebildet. Theodor Barth (der als Gast erschienen war) erklärte die sog. akademische Freiheit (für Tausen und nächstliches Ständlerieren Straflosigkeit) für ein Danaergeschenk, das eine Einschränkung der staatsbürgerlichen Freiheit leghin bedeute. Wenn die Studenten wie unmündige Kinder behandelt werden und dann noch immer kein politisches Interesse bekunden, so seien sie erbärmliche Jämmerlinge. (Wimtenlanger Beifall.) Man erkläre den Vätern und Mägden den Krieg. Jene Bevormundung der Korps und ihr Einfluß in der Regierung sei eine unerhörte Schande für Preußen-Deutschland. Wir leben wahrhaftig in einem Klassenstaate.

Stürmische Erörterung erregte die Nachricht von der Amtsentsetzung des Bürgermeisters Schädling. Wie bekannt wurde die freie Studentenschaft aufgelöst, weil sie einen Artikel gegen die Wettbewerbsfreiheit des Korps und dessen Sache abgedruckt hatte. Es wurde als eine persönliche Beleidigung der Anwesenden empfunden, daß zur Stunde der Versammlung diese Nachricht als eine Art behördlichen Willkommensgruß eintraf. Die Versammlung sandte an Dr. Schädling ein Sympathietelegramm. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

„Die allgemeine Akademiker-Versammlung protestiert gegen die Bevormundung und Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes, die durch die Vorschriften für Studierende in Verbindung mit der Disziplinargerichtbarkeit, aus dem Jahre 1879 festgelegt sind. Sie beschließt, in einer Petition an das Abgeordnetenhaus um staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit allen Altersgenossen unter etwaigem Verzicht auf Sonderbegünstigungen einzukommen.“

Die überwältigende Mehrzahl der Studierenden gehört den Kreisen der Bourgeoisie an; auf verschwindend wenige ideologische Elemente dürfte die Sozialdemokratie zu rechnen haben. Trotzdem ist die Tatsache, daß nach den technischen Angestellten und Ingenieuren nun auch die nichtkorporierten Studenten die Anrede zu fühlen bekommen, sehr beachtenswert. Dort der Klassenkampf des Unternehmerverbandes, hier ein Stück aus dem Klassenkampf des sich zersetzenden Feudalismus.

Unternehmer-Terror und „Standesvertretung“.

Die Direktion der Augsburger Maschinenfabrik teilt der „Augsb. Abendztg.“ mit, daß die Blätternotiz, die Fabrik habe 20 Ingenieuren und Technikern gekündigt, erlogen sei.

Nicht einem einzigen Beamten wurde gekündigt, und in keiner Weise, weder direkt noch indirekt, Bezahlung für Austritt aus den fraglichen Verbänden in Aussicht gestellt. Kaiserlich haben neun der kaufmännischen Angestellten der Maschinenfabrik Augsburg freiwillig erklärt, daß sie aus den betreffenden Verbänden, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband Hamburg und Verband deutscher Handlungsgehilfen Leipzig, ausgetreten sind. Hierauf hat die Maschinenfabrik Augsburg den Ausgetretenen ihre Beiträge zu den Verbänden, insgesamt 1443,90 Mark, ersetzt.

Welche Achtung müssen diese Leute vor der Öffentlichkeit haben, wenn sie eine derartige Erklärung der Presse zu übermitteln wagen! „Die Angestellten haben „freiwillig“ ihren Austritt erklärt“ und haben nachher als Entschädigung den Zins zu 10% von 1443,90 M. erhalten. Trotzdem wurde weder direkt noch indirekt Bezahlung für Austritt aus den fraglichen Verbänden in Aussicht gestellt.“

Sehr charakteristisch ist die Haltung der bürgerlichen Handlungsgehilfenverbände. Wir hatten kürzlich mitgeteilt, daß die Vorstände des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und des Leipziger Verbandes gemeinsam ein „Verständigungsschreiben“ an die bayerischen Unternehmer geschickt haben. Welche Form man für diese Ergebnisschreiben gewählt hatte, geht aus einer Mitteilung der „Täglichen Rundschau“ hervor. Danach wurde in dem Schreiben darauf hingewiesen, daß die betroffenen Verbände der Handlungsgehilfen auf „nationalen Boden“ stehen und sich mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen, deren Forderungen nur so weit gehen, als die Aufrechterhaltung der freien Persönlichkeit innerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Kampfes es erfordert.

Die bayerischen Arbeitgeber haben darauf ihre Antwort gegeben. Die Handlungsgehilfen, die unter dem Druck von oben für 1443,90 M. ihr Koalitionsrecht verkauft haben, sind die ersten Opfer. Daß nach dem bisherigen Verhalten die Vorstände des Deutschnationalen

Handlungsgehilfenverbandes und des Leipziger Verbandes ihre Mitglieder zum Widerstand anfeuern werden, ist nicht zu erwarten!

Und das nennt sich Standesvertretung der Interessen der Handlungsgehilfen! —

Kulturfeindlicher Militarismus.

Der Bildungsausschuß der organisierten Arbeiter in Brandenburg a. d. Havel hatte mit der Direktion des dortigen Sommer-Theaters auch in diesem wie in früheren Jahren eine Reihe von Sondervorstellungen zu billigen Preisen für die Arbeiterschaft vereinbart. Während noch im Vorjahre diese Vorstellungen unbeanstandet stattfinden konnten, sind sie diesmal durch die Androhung des Militärverbots in Aussicht gestellt worden. Vorige Woche zog der Besitzer des Theater-Etablissements seine Zusage zurück mit der Begründung, daß ihm nicht nur für den Abend, wo die Vorstellung stattfinden sollte, das Militärverbot in Aussicht gestellt, sondern dauernde Entziehung des Militärbesuchs angekündigt worden sei, falls er die Arbeitervorstellung dennoch zulasse. Der Bildungsausschuß vereinbarte nunmehr mit der Theaterdirektion, daß die geplante Aufführung („Fuhrmann Henschel“ von Gerhart Hauptmann) im Saale des „Vollgartens“ (Partelokal) erfolgen sollte. Man sollte meinen, damit wäre den Wünschen der Militärbehörde, daß kein von Umsturzbewegungen befehltes Proletariatspublikum die geweihten Stammstühle kunstgelehrter Marschälle im Säulensaal des Sommertheaters einnehmen möge, gebührend Rechnung getragen. Aber weit gefehlt! Jetzt ist der Theaterdirektor durch die Drohung, daß künftig das militärische und militärfreundliche Publikum sein Theater nicht mehr besuchen werde, falls er den organisierten Arbeitern die geplante Vorstellung gäbe, derart eingeschüchelt worden, daß auch er sein Versprechen zurückgezogen und dem Bildungsausschuß mitgeteilt hat, daß er leider infolge der geschilderten Treiberei die Vorstellung nicht geben könne! —

Der Militarismus hat hier wieder einmal gezeigt, daß sein Bestreben darauf gerichtet ist, jeden Kulturanschauung des Volkes zu hemmen. Schon in der Teilnahme der arbeitenden Bevölkerung an lebenden Theateraufführungen militiert er die Gefahr einer Auflösung jener „heiligen“ Bande, die ihm unumschränkte Herrschaft über die zum „Dienen“ bestimmten Volksklassen verleihen. —

Zur Reform des preussischen Wahlrechts.

Die Staatsregierung hat bekanntlich die preussischen Gemeindebehörden ersucht, nach vorherigem Vornehmen mit den bei der letzten Landtagswahl tätig gewesenen Wahlvorstehern eine Äußerung darüber einzusenden, welche Erfahrungen bei der Wahl mit den Wahlvorschriften gemacht worden sind, welche Mängel sich dabei herausgestellt haben und der Abhilfe bedürfen. Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Frankfurt a. M. stellte nun an die Stadtverordnetenversammlung den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, der Stadtverordnetenversammlung die Auskünfte der Wahlvorsteher mitzuteilen und sodann die Wünsche der Stadtverordneten für die der Staatsregierung zu erstellende Antwort zu hören. — Wird dem Antrag zugestimmt, werden unsere Genossen es nicht daran fehlen lassen, die Mängel dieses Wahlsystems erneut festzustellen, und es ist dann möglich, daß eine objektive Äußerung an die Regierung eingesandt wird.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen

Am 22. Juli der Bataillonstabour Baylaff vom 1. Bataillon des vierten Garde-Regiments vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division. Der Angeklagte hatte eines Morgens den Tambour Beckand, als dieser sich bei den Dienstübungen etwas schlapp zeigte, nach Schluß der Übungen allein nach der Uferhalle befohlen und ihn dort etwa hundertmal auf und niederlegen lassen. Die Prozedur, die etwa 20 Minuten dauerte, endete damit, daß der Untergebene ohnmächtig wurde. Als der Kompaniechef zufällig hinzukam, sah er B. benutzungslos auf dem Boden liegen. Er trat sofort die nötigen Vorkehrungen, damit der Tambour wieder zu sich kam. Das Kriegsgericht nahm vorschristsmäßige Behandlung eines Untergebenen an und erkannte gegen den Angeklagten auf vierzehn Tage Mittelarrest! —

Auch ein „Stellvertreter Gottes“!

Das Kriegsgericht in Dresden verurteilte jetzt den 25 Jahre alten Unteroffizier Seidel vom Grenadier-Regiment Nr. 101 wegen versuchter Mordtötung und einfacher Körperverletzung zu zehn Monaten Gefängnis und Degradation. Die Verhandlung gegen den „netten Soldatenenergieher“ fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Mit Rücksicht auf die Höhe der ausgeworfenen Strafe wurde der Angeklagte sofort in Haft genommen.

Eine Szene aus Wäst-West.

Das Kriegsgericht der 18. Division (Altona) hatte sich an Mittwoch mit einer Wuttat im Gottentottentlande zu beschäftigen. Angeklagt des Totschlages war der frühere Reiter der Schutztruppe Felix Waldemar Schulze, dem zur Last gelegt wird, den Gefreiten Panten vorläufig, aber ohne Ueberlegung erschossen zu haben. Sch. ist vom März 1906 bis August 1907 auf der Station Augustus gewesen, die dem Wachtmeister Knefelbeck unterstand. Am Abend des 5. August 1907 erhielten Panten und Schulze den Befehl, Proviant nach einer 15 Kilometer entfernten, von zwei Gefreiten bedienten Signalstation zu bringen. Am anderen Tage bestiegen beide ihre Maultiere und trafen um 3 Uhr nachmittags auf der Signalstation ein, wo sie von den beiden Gefreiten mit einer Flasche Rum bewirtet wurden. Dann ritten P. und Sch. zurück. Der über ihr längeres Ausbleiben unruhig gewordene Wachtmeister schaute mehrmals nach ihnen aus. Um 7 1/2 Uhr abends fielen vor der Station Augustus zwei Schüsse, und als der Wachtmeister hinauslief, sah er, wie Panten vom Maultier fiel und seinen Geist aufgab. Ein Krustschuß hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Der Wachtmeister will gehört haben, daß Panten unmittelbar vor seinem Sturz zur Erde sagte: „Felix, mach doch keinen Ansturm!“ Auf die Frage des Vorgesetzten: „Was haben Sie gemacht?“ soll Sch. geantwortet haben: „Das weiß ich nicht, das ist auch nicht umsonst geschehen,“ worauf er weiter führte, sich wie ein Unsinntiger gebärdete und dann an einer Wand einschloß. Am anderen Morgen wußte er von dem Verfall nichts. Der Angeklagte, der mit dem Erschossenen eng befreundet war, will das Empfinden gehabt haben, als ob er unterwegs von herumstreifenden feindlichen Wänden angegriffen worden sei und dann darauf losgeknallt habe. Mehrere Verzte, die ihn auf seinen Geisteszustand untersucht haben, sind der Ansicht, daß er jedenfalls in einem pathologischen Nauschzustand gehandelt habe und wohl auch infolge der Eindeutung und Aufregung in einen seine freie Willensbestimmung ausschließenden Zustand geraten sei. Gestützt auf diese Gutachten beantragte der Ankläger die Freisprechung des Angeklagten, zumal es auch nicht ausgeschlossen sei, daß Panten von herumstreifenden Wänden erschossen worden sein könne. Der Angeklagte, der seit dem 1. Juni d. J. Invalidentpension bezieht, wird freigesprochen, wobei das Gericht noch durchblicken läßt, daß er für die seit beinahe Jahresfrist währende Untersuchungshaft Entschädigung erhalten werde.

Frankreich.

Eine Justizreform.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht das Gesetz vom 17. Juli dieses Jahres und ein Dekret des Ministers Briand, durch welche die Entschädigung der Geschworenen geregelt wird. Danach erhalten diese je nach der Größe der Stadt eine tägliche Entschädigung von 3 bzw. 6 bzw. 8 Fr. Entschädigung pro Tag und 6, 8 und 10 Fr. sofern sie weiter als 2 Kilometer

dem Sitz des betreffenden Gerichtshofes wohnen. Für letztere kommen hinzu die Fahrgeldkosten. Die Einführung von Tagesgeldern ist um so mehr gerechtfertigt und wurde zur Notwendigkeit, nachdem durch ministerielle Verordnung in Zukunft Arbeiter und Angestellte in größerer Zahl zu Geschworenen berufen werden sollen. Wir sind neugierig, ob auch in Deutschland bei der Reform der Strafprozessordnung auf stärkere Heranziehung der Arbeiter zu den Schöffen- und Geschworenengerichten Sorge getragen werden wird. —

Belgien.

Eine Niederlage erteilt die Regierung am Donnerstag in der Kammer, indem der Regierungsantrag betreffend die Verantwortlichkeit für die kongoleische Schuld mit 74 gegen 44 Stimmen abgelehnt wurde.

Italien.

Ein Sozialist in Stichwahl.

Rom, 21. Juli. (Fig. Ver.) Am 19. Juli hat in Valenza die durch den Tod des Genossen Galbi nötig gewordene Ersatzwahl stattgefunden. Als Parteikandidat trat Genosse Alberto Ceriana auf, dem die Ordnungsparteien einen Rechtsanwalt Ceriana entgegenstellten. Von 10 688 Wahlberechtigten nahmen 6788 an der Wahl teil. Ceriana erhielt 3345 Stimmen, Ceriana 3088. Da 355 Stimmzettel beanstandet oder zersplittert wurden, ist Stichwahl proklamiert worden, deren Chancen für unsere Partei nicht ungünstig stehen. —

England.

Gegen den Fleischwucher.

London, 23. Juli. Unterhaus. Handelsminister Churchill gab die Einsetzung einer Kommission bekannt, die die Frage untersuchen soll, inwiefern und in welcher Weise Zufuhr und Preis des Fleisches in Großbritannien durch irgend eine Kombination von Firmen oder Gesellschaften kontrolliert oder berührt werden. —

Rußland.

Die Agrarreform der Regierung.

Petersburg, 23. Juli. Nach dem soeben veröffentlichten Plan der im laufenden Jahr bevorstehenden landwirtschaftlichen Reformarbeit ist die Schaffung von 69 568 kleinen Bauernwirtschaften auf einem Flächenraum von 773 905 Desjätinen Land, außerdem der parzellenweise Verkauf an Bauern von 1856 406 Desjätinen Landes aus dem Agrarfonds der Bauernagrarkonten in Aussicht genommen. Davon sind 1 636 298 Desjätinen durch die Dank von Privatbesitzern erworben und 220 110 Desjätinen ihr aus dem Agrarfonds zugewiesen. Insgesamt werden im laufenden Jahre zwecks Versorgung der Bauern mit Land Arbeiten auf einem Flächenraum von 3 952 961 Desjätinen unternommen.

Kinder im Gefängnis.

Im Februar dieses Jahres fand in der landwirtschaftlichen Schule in Westau eine Hausdurchsuchung statt, nach welcher 65 Jünger und 4 Lehrer verhaftet und im städtischen Gefängnis interniert wurden, wo sie sich noch heute befinden, ohne eine Abmilderung zu haben, was der Grund ihrer Verhaftung war. Ueber die Lage der gefangenen Kinder gibt das Witzgedicht Aufschluß, mit dem sich die Eltern und Angehörigen derselben an den sozialdemokratischen Dumaabgeordneten Weloussow gewendet haben: „Unsere Kinder — so heißt es in diesem Gesuch — befinden sich seit Februar im Gefängnis, ohne daß irgend eine Anklage gegen sie erhoben wäre. Die Lage der Gefangenen ist furchtbar. . . . Dies alles läßt auf die Gesundheit der Kinder, unter denen sich 15 jährige befinden, eine tödliche Wirkung aus; vor kurzem starb eines von ihnen, ein anderes liegt an Lungenentzündung todkrank darnieder. Die jüngeren Knaben können sich kaum fortbewegen, und die Lehrer stehen wegen ihrer Jünger in Qualen. Die Mütter, die von weiter fern hergereist sind, treten abends in der Nähe des Gefängnisses umher und sind vor Verzweiflung nahe daran, Hand an sich zu legen. Alle unsere Witzgedichte, die wir nach Petersburg sandten, sind unbeantwortet geblieben und die örtlichen Behörden beantworten unsere Witzgedichte nur mit Spott.“

Von anderer Seite wird hierzu noch folgendes berichtet: „Am 9. Juli begannen 33 Jünger der landwirtschaftlichen Schule, die in der Westauer Arrestanten-Korrektionsabteilung interniert sind, den Hungerstreik, weil sie alle Hoffnung auf eine schleunige Befreiung aufgegeben haben. Die übrigen neunzehn erklärten dem Gefängnisdirektor, daß sie sich ihren Kollegen anschließen würden, wenn ihnen der Gendarmereisistenten nicht am selben Tage das Versprechen geben sollte, daß ihre Angelegenheit nach ein, zwei Wochen erledigt werden würde.“

Türkei.

Die jungtürkische Bewegung.

Der Sultan sucht die gefährliche Bewegung durch Nachgiebigkeit zu überwinden. Der bisherige reaktionäre Großvezier Ferid Pascha ist entlassen worden und sein Nachfolger wird Kuttschal Said Pascha, der als reformfreundlich gilt. Wie es scheint, beginnt sich die Haltung der deutschen Diplomatie bereits zu rächen. Wie immer, steht Deutschland auch in der Türkei auf Seiten der Reaktion; der Sultan gilt ja als bester Freund Wilhelms II. Der entlassene Großvezier, der gerade jetzt den Schwarzen Adlerorden erhalten hat, galt als deutschfreundlich, während Said auf Seiten Englands stehen soll.

Neue Fortschritte.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Saloniki vom 22. gemeldet: Heute gehen ununterbrochen Militärmärsche nach Monastir. Sie befördern mehr als fünftausend anatolische Redifs dahin. Major Gub Bey in Dhrida hat dem dortigen Militärdepot 1000 Mauergewehre und 500 Riflen Patronen entnommen und ist zu den Aufständischen übergegangen.

Ferner wird der „Frankf. Ztg.“ aus Monastir gemeldet: Niazi's Stellung wird immer stärker, er hat sein Hauptquartier im Dorfe Starowo, nördlich vom Dhrida-See, aufgeschlagen, wo er eine förmliche Regierung eingesetzt hat, die auch bereits Zahlungsanweisungen ausgibt. Albanesen der benachbarten Stadt Koritsch, sowie tausend Albanesen von Priskend haben ihm ihre Unterstützung versprochen. In der Stadt Deber wurden die Christen bewaffnet, sonst aber läßt Niazi keinerlei Druck auf sie aus.

Bandenkämpfe.

Frankfurt a. M., 23. Juli. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Saloniki gemeldet: Bei Verfolgung einer griechischen Bande bei Newaska im Bezirk Florina wurden ein Offizier und vier Soldaten getötet, drei Soldaten verwundet. Eine griechische Bande brannte in dem bulgarischen Dorfe Nlepinzo, im Sandschat

Monastir, eine große Anzahl Häuser nieder. Zwanzig Personen beiderlei Geschlechts fanden den Tod in den Flammen. Die Bande entkam ohne Verluste.

Indien.

Drakonische Strafen.

Kalkutta, 22. Juli. Der Zeitungsverleger Jugantar wurde wegen Veröffentlichung aufrechter Artikel zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Strafe ist zu verbüßen, wenn die ihm bereits auferlegte Strafe von 2 1/2 Jahren Gefängnis erledigt ist. Im ganzen ist, seit scharfe Maßregeln ergriffen und die Unruhestifter mit strenger Strafe belegt wurden, eine Besserung in der Stimmung der Provinz zu verzeichnen.

Die Unruhen.

London, 22. Juli. Unterhaus. Bei Beratung des indischen Budgets bezeichnete der Unterstaatssekretär für Indien Buchanan die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes als gut. Auf in bestimmten Teilen hervorgetretene unerfreuliche Erscheinungen übergehend, sagte der Unterstaatssekretär, vor der kürzlichen Entdeckung der Organisation einer Verschwörung in Kalkutta zur Anfertigung von Bomben sei es nicht bekannt gewesen, wie weit verzweigt das Verschwörungsnetz war. Ebenso wenig wie dies zu verkennen sei, empfahl es sich, die Bedeutung der Sache zu übertreiben. Die Regierung werde alles aufbieten, um diese gefährliche Form politischer Verwirrung auszurotten. Es machen sich aber noch andere Zeichen politischer Unruhe geltend, die ganz außerhalb der Sphäre der Bomben und Anarchisten liegen. Diese sind sehr ernster Natur, und es ist schwierig, ein Abhilfsmittel gegen sie zu finden. Nachdem Redner die Tragweite des Problems hervorgehoben hatte, erklärte er, die Regierung habe die Absicht, fürchtlos vorwärts zu gehen auf den Grundlinien des konstitutionellen Fortschritts, um so viel wie möglich den politischen Forderungen der nachbaren Reformen gerecht zu werden. Die Regierung erwäge nicht nur konstitutionelle, sondern auch administrative Reformen. Die Reformen würden zwar kein Abhilfsmittel für alle indischen Unruhen bilden, sie würden jedoch einiges dazu beitragen, die berechtigten Wünsche einer wichtigen Klasse des indischen Gemeinwesens zu berücksichtigen.

Marokko.

Ein angeblicher Vorstoß der Franzosen.

London, 23. Juli. Die „Daily Telegraph“ unterm 20. aus Casablanca meldet, ist eine französische Abteilung bis in die Umgebung von Tadmra vorgezogen, und zwar bis zur Küstengrenze des Schauja-Distriktes, durch den Abdul Kisis in kurzem hindurchziehen sollte. Die Anwesenheit der Truppen wird als eine Drohung gegen gewisse Stämme aufgefaßt, falls sie sich dem Durchzuge des Sultans widersetzen wollten.

Venezuela.

Ein neues Heldentat Caseros.

New York, 22. Juli. Ein Telegramm aus Caracas meldet: Präsident Castro hat den niederländischen Gesandten De Neus ausgewiesen. Der venezolanische Minister des Auswärtigen sandte dem Gesandten seine Bitte mit einer Note des Inhalts, daß im Hinblick auf die Anschauungen, die De Neus in einem am 9. April d. J. an Castro gerichteten Schreiben zum Ausdruck gebracht habe, dieser ihm für ungeeignet erachte, in freundschaftlichem Sinne als Mittelsperson für die Beziehungen zwischen Venezuela und den Niederlanden zu wirken. Das von dem niederländischen Gesandten am 9. April an Castro gefandte Schreiben ist wahrscheinlich die Antwort auf die Forderung Caseros an Holland, ein wachsameres Auge auf die holländischen Schiffe zu haben, die zwischen La Guaira und Curacao verkehren, und auf denen häufig venezolanische Revolutionäre unter falschem Namen geflohen sein sollen.

Haag, 23. Juli. In der heutigen Sitzung der Ersten Kammer erwiderte der Minister des Auswärtigen auf eine an ihn gerichtete Frage, daß die Schwierigkeiten, die in den Beziehungen der Niederlande zu Venezuela hervorgerufen seien, durch ein persönliches Mißverständnis zwischen dem Präsidenten Castro und dem niederländischen Gesandten in Caracas, auf den die Regierung volles Vertrauen setze, verursacht seien. Wäher sei keine Befähigung der Nachricht von der Ausweisung des Gesandten eingegangen. Die Regierung habe angefragt und werde demnächst morgen Antwort erhalten. Trotzdem große materielle Interessen auf dem Spiele ständen, erwarte er, daß die Kammer die Ehre der Nation vor allen anderen Interessen betonen werde. Der Minister erklärte weiter, zwei niederländische Schiffskapitäne hätten Beschwerde darüber geführt, daß sie auf offenem Meere, zwischen Aruba und Curacao, durch scharfe Schiffe gezwungen worden seien, der Küste zuzuwenden und eine Durchsuchung ihrer Schiffe zu dulden. Die Postsendungen seien aber nicht geöffnet worden.

Soziales.

Sind Reisegelber als Darlehen oder als Lohnvorschüsse im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen?

Mit der prinzipiellen Auslegung dieser Frage hatte sich der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts in seiner letzten Sitzung zu beschäftigen. Der Direktor Wagner der Oberlausitzer Braunkohlenwerke in Klein-Saupitz bei Bautzen ließ des Öfteren durch seinen Geschäftsführer Oelbaum ganzliche Arbeiter anwerben. Die Leute erhalten als Tagelohn 1 M. nebst freier Wohnung, Verpflegung und Brennmaterial. In dem Betriebe ist es üblich, während der ersten 9 Wochen an die Arbeiter nur 1 M. pro Woche auszuzahlen; der Rest von 5 M. pro Woche wird für gewöhnlich Vorwärts, Sicherheit für gelieferte Kleider und Werkzeuge, als Schutz gegen Veruntreuung und als Garantie für die Einhaltung der kontraktlich festgelegten sechsmonatlichen Arbeitsdauer einbehalten. Diese vom Werke in Abzug gebrachten 45 M. verteilen sich wie folgt: 25 M. wurden als Ersatz für gewährte Reisegelber, 10 M. für Kleider und Werkzeuge und 5 M. als Gewähr des sechsmonatlichen Aushaltens angerechnet. Diese Feststellungen des Bauener Landgerichts sind insofern unzutreffend, als statt der aufgestellten 40 M. in Wahrheit 45 M. in Abzug gebracht wurden. In dieser Handlungsweise erklärte die Behörde einen Verstoß gegen die §§ 115, 119 und 146 der Gewerbeordnung und stellte, als im Vorjahre abermals ein größerer Transport von 60 Arbeitern über Ryslowitz nach Klein-Saupitz gebracht wurde, Strafantrag sowohl gegen den Direktor Wagner sowie den Geschäftsführer Oelbaum und den Arbeitsaufseher Horn. Der § 115.1 der Gewerbeordnung bestimmt, daß der Lohn in bar auszuzahlen ist, während der § 119a Lohn-Einbehaltung von aus Kontraktbruch entstehenden oder zu erwartenden Schäden gestattet. Die beiden ersten Instanzen, Schöffens- sowohl wie Landgericht, sprachen die Angeklagten frei. Ein Vorstoß in Gestalt von Reisepfeifen auf noch zu verdienenden Lohn sei erlaubt und verstoße nicht gegen § 115.1 der Gewerbeordnung; ebenso sei die Einbehaltung der 5 M. zur Sicherung gegen Kontraktbruch zulässig, da dieser Betrag ein Viertel des Lohnes nach § 119a nicht übersteige. Ein Verstoß gegen die Vorzahlungsvorschriften und eine strafbare Handlung sei in dem Vorgehen der Angeklagten nicht zu erblicken. Zur Herbeiführung einer prinzipiellen Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Oberlandesgericht ein und führte aus, da es sich in diesem Falle um Darlehen und nicht um Lohnvorschüsse handele, da nicht der Arbeitgeber Wagner, sondern ein Dritter, Oelbaum, die Gelder hergegeben habe, wenn Wagner diese Beiträge den Arbeitern für Oelbaum abgezogen habe, so sei hierin ein Verstoß gegen die Vorzahlungsvorschriften im § 115 zu erblicken. Gleichgültig wurde § 119 als eine lex im-

perfecta (unvollkommenes Gesetz) bezeichnet. Die Revision wurde kostenpflichtig verworfen. Die Bestimmungen im § 115 seien auf den Fall nicht anwendbar. Es handele sich nicht um den Anspruch eines Dritten, sondern darum, daß dieser Dritte die Vorläufe im Auftrage des Arbeitgebers an die Angeworbenen geleistet habe. Die Gelder seien im Interesse des Arbeitgebers verabfolgt worden und als Darlehen, nicht aber als Darlehen zu bezeichnen. Die übrigen Revisionsbegründungen wurden als unwesentlich ebenfalls zurückgewiesen.

Die getroffene Entscheidung geht fehl; mit Unrecht sind die Angeklagten freigesprochen. Nachdem aber trotz der staatsanwaltschaftlichen Revision der zum Schutze der Arbeiter gegebene § 115 der Gewerbeordnung vom höchsten sächsischen Gericht zum Gunsten der Arbeiter falsch ausgelegt ist, dürfte auf eine solche Mißverständnisse verschärfende Gestaltung des § 115 der Gewerbeordnung bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle zu dringen sein.

Die allmähliche Einführung der hauptamtlichen Kreis-Schulaufsicht durch Preußen.

hat bekanntlich der preussische Unterrichtsminister bei den letzten Etatsberatungen im Abgeordnetenhause in Aussicht gestellt. Wie absonderlich die Wege sind, die manche Bezirksregierungen zur Erreichung dieses Zieles einschlagen, zeigt ein Bericht der „Päd. Ztg.“ aus Nassau. Bisher, so heißt es da, waren in nassauischen Kleinstädten die Direktoren der Realschulen, feminarisch gebildete Fachleute, zugleich Inspektoren der betreffenden Stadtschulen. Auf Verreiben der orthodoxen nassauischen Geistlichen hat die Wiesbadener Regierung, sobald einer dieser Direktoren abgelassen wurde, diese sachmännliche Schulaufsicht aufgehoben und die Aufsicht den betreffenden geistlichen Schulaufsichtern übertragen. Als kürzlich Rektor Oppermann in Helden in den Ruhestand trat, wurde dessen Inspektion dem Defon Dör übertrugen. Da dieser nunmehr sein Amt niederlegen will, hat die städtische Verwaltung in Helden bei der Regierung beantragt, daß die Inspektion über die städtischen Schulen wieder dem neuen Rektor der Realschule übertragen werden möchte. Die Regierung hat diese Bitte abgelehnt und die Inspektion vom 1. Oktober ab dem Fiskus übertrugen. In Nassau sind nur noch die Direktoren in Oberursel und Höhr zugleich Kreis-Schulinspektoren der betreffenden Orte, doch ist auch hier schon die Art dem Wanne an die Wurzel gelegt, und sobald hier Balancen eintreten, werden die letzten Reste der sachmännlichen Schulaufsicht auch in Nassau verschwinden.

Vom Kampf um die Hinterbliebenenrente.

Die Rechtsprechung wird für die Hinterbliebenenrente eines auf dem Schlachtfelde der Arbeit Verunglückten immer ungünstiger und zeigt, wie notwendig die endliche Durchsührung der im Jahre 1902 geschloßenen Witwen- und Waisen-Versicherung ist. Aus der Fülle der Fälle greifen wir zwei kürzlich vor dem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung in Breslau verhandelte heraus.

Im Jahre 1906 verunglückte der Arbeiter Hindemith in der Drieger Juckerfabrik. Die Jucker-Verunglückten-Gesellschaft bewilligte zunächst eine Rente von 50 Proz., entzog diese aber auf Grund des Ergebnisses einer späteren Untersuchung wieder. Zwei Jahre nach dem Unfall starb der Mann. Der behandelnde Arzt stellte als Todesursache Lungenentzündung fest. Die Witwe verlangte die gesetzliche Hinterbliebenenrente, wurde aber auf Grund des Kreisarztgutachtens abgewiesen. Dieser hatte in seinem Gutachten betont, daß der Tod mit dem Unfall nichts zu tun gehabt hätte, da der Verstorbene ein alter, verbrauchter Mann gewesen sei, der auch ohne Unfall hinweggerafft worden wäre. Der den Verstorbenen behandelnde Arzt Dr. Runnbaum hatte dagegen festgestellt, daß die Einfalligkeit des Hindemith erst seit dem betreffenden Unfall datiert habe, was schon daraus hervorginge, daß der Verstorbene von 1906 bis Ende 1907 nicht habe arbeiten können. Nachdem dem auch seine Frau krank geworden sei, habe er in äußerster Not wieder Arbeit aufnehmen müssen. Die Fabrik gab ihm, dem zu keiner kräftigen Arbeit mehr fähigen, eine Anstellung als Schrankenwärter bei der Feldbahn, wo er sich eine Gefäßkur zuzog, welche eine Lungenentzündung zur Folge hatte. Hätte der Mann jedoch seine durch den Unfall verlorenen Kräfte noch gehabt, so hätte er aller Wahrscheinlichkeit die Krankheit überstanden. So der behandelnde Arzt. Das Schiedsgericht stützte sich jedoch auf das Gutachten des Kreisarztes und wies die Witwe mit ihrer Klage ab.

Der zweite Fall: Der Arbeiter Goldmann in Breslau starb am 23. Februar vorigen Jahres auf dem Bau von einer Leiter und fiel auf einen Haufen Ziegelsteine. Er war arbeitsunfähig, wurde jedoch schon am 5. März vom Arzt gesund geschrieben. Er arbeitete nun ein paar Wochen, wurde aber wieder krank und verstarb im November an Lungenentzündung. Auf Grund der Gutachten von Professor Alexander und Medizinalrat Telle, welche eine Möglichkeit des Zusammenhanges mit dem Unfall nicht für ausgeschlossen halten, ihn aber doch für unwahrscheinlich halten, wies die Bauarbeiter-Gesellschaft die Witwe mit dem Rentenanspruch ab. Der den Kranken bis zum Tode behandelnde Arzt Dr. Glaser behauptete mit Bestimmtheit, daß ein Zusammenhang bestesse, da der Mann vor dem Unfall nie krank gewesen sei und bei nur 7 Markt Krankenunterstützung ihn die Not zu der kurzfristigen Arbeit nach dem Unfall gezwungen habe. Der von der Witwe beim Schiedsgericht gefällte Antrag auf Einholung eines Obergutachtens von der Universitätsklinik und Vernehmung des Dr. Glaser wurde vom Schiedsgericht abgelehnt und ihr Anspruch zurückgewiesen.

Preussische Gesundheitsvereine.

Vor dem Landgericht Stargard wurde folgender Fall verhandelt: Der Gemeindevorsteher Friede gab seinem noch nicht 16-jährigen Dienstmädchen Lea keine Erlaubnis zum Arzt zu gehen, als sie einen schlimmen Fuß hatte, sondern erklärte, wenn sie nach gehen könne, sei der Fuß nicht schlimm. Hierauf verließ das Mädchen den Dienst, ging zu seiner Mutter und kurierte den Fuß. Wegen widerrechtlichen Diensterlassens schickte ihm der Amtsvorsteher aus Handfelle ein Strafmandat über 10 M. Das Schöffengericht erkannte auf die höchste für Minderjährige zulässige Strafe von 750 Pf. Das Landgericht bestätigte das Urteil, denn der schlimme Fuß sei kein hinreichender Grund gewesen! Auch der preussische Dienstdiener erst zum Krüppel werden, ehe er den Dienst verlassen darf?

Gewerkschaftliches.

Noch eine Anerkennung gewerkschaftlicher Arbeit.

Die Fachzeitung „Witumen“, Organ einer Reihe Unternehmerverbände, beschäftigt sich in ihrer Nr. 14 vom 16. Juli d. J. mit den freien Gewerkschaften. Der Verfasser des Artikels, Dr. Karl Kuser, sagt da u. a.:

„Wir können davon absehen, alle in Deutschland bestehenden Arbeiterorganisationen aufzuzählen, wir betonen eine deutliche Vorstellung von der Bedeutung der Arbeiterorganisationen, wenn wir die Zahlen derjenigen Arbeiterorganisationen anführen, die unstrittig die Interessen der Lohnarbeiterklasse am stärksten und umfänglichsten wahrnehmen, der freien Gewerkschaften.“

Es folgt dann eine zahlenmäßige Darstellung der Bedeutung der Gewerkschaften. Dann heißt es weiter:

„Es wäre töricht, wollten wir uns über die Fälle von Macht käufen, die sich hinter diesen Zahlen verbergen; aber hinter ihnen steht noch mehr, was vielleicht nicht sofort sichtbar wird, was aber deshalb nicht weniger von Bedeutung ist. Organisationen von dieser Ausdehnung zu schaffen, sie auszubauen, sie zu leiten, setzt eine treffliche Intelligenz, die schöpferische Fähigkeit der Organisation, der Disziplinierung, des planmäßigen Vorgehens und Erhaltens in bedeutendem Maße voraus, Eigenschaften, auf die stolz zu sein die Lohnarbeiterklasse allen Grund hat.“

Die sachlichen Darlegungen schließen mit folgendem von Objektivität, ruhiger Würdigung der Verhältnisse und Anerkennung des Rechtes der Arbeiter auf Mitbestimmung bei Festlegung der Arbeitsbedingungen zeugenden Urteil:

Diese Daten sollen ein kleiner Beitrag für die Notwendigkeit der Organisation der Unternehmer sein. Freilich nicht etwa zu dem Zwecke, um die Organisationen der Arbeitnehmer zu vernichten; solche Absichten lehnen wir als aussichtslos und verderblich von vornherein ab, wir erblicken vielmehr gerade in dem Bestehen großer und starker Organisationen beider am Arbeitsprozeß mitwirkender Faktoren die einzige Möglichkeit, um zu dem relativen Frieden zu kommen, der überhaupt im Zeitalter des Klassenkampfes denkbar ist. Wir behalten uns vor, diese Behauptung in einem späteren Artikel zu beweisen, zu Ruh und Frommen derer, die, um ein berühmtes Wort zu zitieren, hinter jeder Arbeiterorganisation die Hydra der Revolution lauern sehen."

Der Mann, der das schrieb, ist kein Tille, er will nicht Organisationen als Vernichtungsfaktoren, er will die Zusammenfassung der Verantwortlichkeiten in Zentralinstanzen, um dadurch die Grundlage zu Verträgen zu schaffen.

Berlin und Umgegend.

Tariffrage im Rohrlegergewerbe.

Der Arbeitgeberverband hat unterm 22. Juli ein Schreiben an den Metallarbeiterverband gerichtet, das dieser hiermit seinen Mitgliedern zur Kenntnisnahme unterbreitet:

Innung der Gas-, Wasserleitungs- und Heizungs-Fachmänner zu Berlin.

Berlin, den 22. Juli 1908.

Deutscher Metallarbeiterverband

Ordnungsverwaltung Berlin.

Charitéstr. 3.

In der heutigen Sitzung des Vorstandes des Arbeitgeberverbandes im Rohrlegergewerbe ist beschlossen worden, um eine weitere Verschleppung der Vorbereitung zu einem neuen Tarifvertrage zu vermeiden, mit jeder der beiden vorhandenen Schlichtungskommissionen, und zwar zunächst mit der Jhrigen, allein in Verhandlung zu treten, da eine gemeinschaftliche Sitzung der beiden in unserem Gewerbe sich befindenden Schlichtungskommissionen an der Uneinigkeit derselben gescheitert ist, und Sie unserer Einladung zu einer gemeinsamen Sitzung am 17. d. nicht Folge geleistet haben.

Wir eruchen Sie daher hiermit, die Arbeitnehmer der Schlichtungskommission des Deutschen Metallarbeiterverbandes zu einer Sitzung der Schlichtungskommission am Freitag, den 24. Juli, nach Daglebergstr. 8 II (Geschäftslokal der Vereinigung der Gas- und Wasser-Fachmänner), abends 7 1/2 Uhr, zu laden.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes im Rohrlegergewerbe. J. A. Ludwig Grün, stellv. Vorsitzender.

Mit obigen Schreiben scheint ja endlich der Weg für Verhandlungen geebnet zu sein. Bei der Gelegenheit wird ja auch die von Biesenfall in die Öffentlichkeit geschleppte Beschuldigung geklärt werden können. Des weiteren teilen wir mit, daß auf dem Bau Esplanade-Hotel die Rohrlegearbeiten von einer Schweizer Firma Decco ausgeführt werden. Da die Schweizer Monteure einen Vertrag unterzeichnet haben, wonach sie sich verpflichten, täglich 10 Stunden zu arbeiten, verlangte die Firma auch von den hiesigen Rohrlegern und Helfern die 10stündige Arbeitszeit. Durch Verhandlungen unseres Vertreters mit dem Vertreter der Firma wurde für die Heizungsrohrleger und Helfer die neunstündige Arbeitszeit sofort eingeführt. Bezüglich der sanitären Abteilung (Wasser, Klosett usw.) wird in den nächsten Tagen entschieden, sobald der Oberingenieur in Berlin ist.

Es ist uns nicht recht verständlich, wie die Schweizer Kollegen, Staatsangehörige der freien Schweiz, einen so unwürdigen Vertrag eingehen konnten, wie sie ihn abgeschlossen haben. Das Ansehen, das die Schweizer Kollegen bei uns genießen, wird dadurch sicher nicht gehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ordnungsverwaltung Berlin.

Die Entlohnung bei einer Westfirma.

Zu den Mitteilungen über die Entlohnung bei der Firma A. E. G. (Maschinenfabrik Brunnenstraße) schreibt man uns: Richtig ist, daß die Hilfsarbeiter einen Anfangslohn von 80 Pf. erhalten. Nicht richtig ist, daß der Stundenlohn in 5-8 Jahren bis auf 62 Pf. steigt. Außer den Kranführern und -Streichern bekommt kein Hilfsarbeiter 62 Pf. Ich stellte eine umfangreiche Nachfrage an, die das Resultat ergab, daß Leute, die 12 bis 18 Jahre bei der A. E. G., Maschinenfabrik Brunnenstraße, tätig sind, einen Stundenlohn von 42, 44, 46 und im günstigsten Falle 48 Pf. erhalten. Ich bin bei der Firma neun Jahre beschäftigt und habe mit 80 Pf. angefangen und erhalte jetzt bei gefahrvoller Arbeit 48 Pf. Nach neun Jahren! Viel geklagt wird über Inflationen, aber die Löhne, treibt aber die höchsten Strafgelehrten ein. 1 M. ist die Lösung, 3 M. sind keine Seltenheit, sogar 5 M. sind schon verhängt worden. Dies zur gefälligen Kenntnisnahme.

Maurer!

Schon in der Nummer vom Sonntag, den 19. Juli, wiesen wir in einer Notiz darauf hin, daß sich Berliner Bauarbeiter (Maurer) nicht geschert haben, den guten Ruf der Berliner Arbeiterbewegung in der Provinz zu schänden, indem sie als Arbeitswillige nach Staffort gingen, an welchem Ort die ansässigen Maurer zur Eringung besserer Lebensbedingungen in den Streik getreten sind. Die Leistung der hiesigen Maurerorganisation hatte noch im letzten Moment auf dem Bahnhof vergeblich versucht, diese verwerlichen Elemente von der Abreise abzuhalten.

Der Leiter des Unternehmens ist ein Maurer Ernst Freimann, der durch die bürgerliche Presse mittels Vorpiegelung falscher Tatsachen arbeitslose Maurer nach dem Lokal von R. Schumann, Reinkenendorf, Schornweberstr. 114, bestellt und ihnen sagt, in Staffort würde nicht gekreist, es bestände dort nur eine Bauferre, die aber von der Organisation nicht genehmigt sei. Auch der Lokalinhaber, Herr Schumann, unterstützt das Verzeßgeschäft. Die Arbeiter werden gut tun, sich das „moderne“ Vermittlungsbureau etwas genauer anzusehen.

Deutsches Reich.

Was geht vor?

Aus Prag meldet die „Frankfurter Ztg.“ unterm 23. Juli folgendes:

In Bruch und Umgegend kündigen die tschechischen Bergarbeiter in großer Zahl, um sich in das westfälische Kohlengebiet zu begeben. Im ganzen nordwestdeutschen Braunkohlenrevier scheinen Agenten tätig zu sein, welche die Arbeiter veranlassen, nach dem westfälischen Kohlengebiet überzusiedeln, wo sie höhere Löhne erhalten.

Hier werden Arbeiter aufs Pflaster geworfen und strupellose Agenten exportieren Arbeitskräfte hierher. Auf eigene Faust handeln die Leute sicher nicht. Was steckt dahinter? Wollen die Kohlenmagnaten wieder mal eine Kraftprobe veranstalten?

Zur Aussperrung auf dem Stettiner „Vulkan“.

Die Werkdirektion hat das Schreiben des Arbeiterausschusses und der Rieterkommission dahin beantwortet, daß sie zu Verhandlungen geneigt sei und zunächst um schriftliche Uebermittlung der Forderung in bezug auf die Regelung des Ueberstundenwesens ersuche.

Uebrigens wird neuerdings behauptet, der Vulkan habe in letzter Zeit unter einem erheblichen Mangel an Rohstoffen gelitten, der ein Aussetzen der Arbeit im Interesse der Firma habe wünschenswert erscheinen lassen. Jedenfalls steht fest, daß die von der Direktion für die Aussperrung ins Feld geführten Gründe bei näherer Prüfung immer schwächer werden, so daß die Vermutung, schwerwiegende Momente anderer Natur hätten die Direktion zu dem Gewaltakt veranlaßt, immer mehr Boden gewinnt. Es ist jetzt festgestellt worden, daß, entgegen der direktorialen Behauptung, die übrigen Gewerke auch dann vollaus zu tun hätten, wenn seitens der Rieter nicht eine einzige Ueberstunde gemacht würde! Die Organisationen halten jetzt reiche Ernte! Ein Erfolg, den die Direktion gewiß nicht beabsichtigt hat.

Streifbrecher als Messerhelden.

In Grafenstaden bei Straßburg i. E. wollten einige ausgesperrte Gipsler, ehe sie auf Posten zogen in einer Wirtschaft noch ein Glas Bier trinken. Kaum erfuhr dies ein den Streifbrecher spielender Gipslermeister, als er mit seinem Sohne und noch 7 anderen Helfern in der Wirtschaft erschien, wo sie die Ausgesperrten ohne jede Ursache belästigten und bedrohten. Um seinem Zusammenstoß mit der Bande auszuweichen, begaben sich die Ausgesperrten einzeln auf ihre Posten. Kaum hatten zwei von ihnen das Lokal verlassen, als sie von hinten auf offener Straße überfallen und mit Messern und Keulen bedroht wurden. Der Wehruf: „Ich bin gestochen!“ veranlaßte die anderen Gipsler, das Lokal zu verlassen, und sie saßen auf der Straße ihren Kollegen gestochen am Boden liegen. Die fanatisierte Streifbrechergarde griff nun diese Gipsler an. Ein furchtbarer Wehrlieb des Gipslermeistersohnes konnte zum Glück abgewehrt werden. Aber ein anderer ausgesperrter Gipsler erhielt mittels eines Wehrliebes eine Wunde am Kopf und einen Messerstich, ein anderer Gipsler erhielt einen gefährlichen Messerstich in den Arm. Schließlich machten Passanten dem Gemetzel ein Ende. Aber die Streifbrecher waren noch nicht befriedigt. Sie warfen den abgehenden Ausgesperrten ihre Beile nach und verletzten damit einen am Fuß. Noch eine große Strecke wurden die Ausgesperrten von den Wütenden verfolgt. Sie brachten die verletzten Kollegen ins Bürgerhospital nach Straßburg. Selbstverständlich wird sich das Gericht mit der Sache beschäftigen.

Abschluß der Tarifverhandlungen im Baugewerbe ganz Süd-Bayerns.

Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe sind nunmehr nach endlosen Verhandlungen auch in Süd-Bayern zum Abschluß gebracht worden. Der Tarifvertrag umfaßt außer Augsburg noch 13 umliegende Ortsgemeinden.

Durch diese Tarifverhandlungen sind also nunmehr in ganz Süd-Bayern Arbeitsverträge nach dem Berliner Vertragsmuster und nach den Münchener Bedingungen abgeschlossen worden, die den örtlichen Verhältnissen gebührend Rechnung tragen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der uns vorliegende Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der „Proletarier“-Redaktion deckt die Periode vom 1. April 1906 bis 31. Dezember 1907. Seit seiner Gründung im Jahre 1892 hat sich der Verband stetig über das Deutsche Reich ausgedehnt und ist an Mitgliederzahl gewachsen. An den 8. Verbandstag 1906 wurde berichtet, daß 98 388 Mitglieder und 505 Zahlstellen vorhanden wären, und dem jetzigen Verbandstage zeigt sich eine Erhöhung der Mitgliederzahl auf 138 885 und der Zahlstellen auf 622. Das ist eine Zunahme von 38 497 oder 39,13 Prozent für die Mitglieder. — Der wirtschaftliche Niedergang brachte auch hier viel Arbeitslosigkeit. Im letzten Quartal 1907 wurden 6128 Arbeitslose gezählt für eine Dauer von 80 670 Tagen. Die Unterstützung derselben kostete 42 347 M. Diese Zahlen schwollen unheimlich an im ersten Quartal 1908, als 10 402 Arbeitslose für eine Dauer von 115 013 Tagen gezählt wurden und 119 025 M. als Unterstützung zur Auszahlung kamen. In der Berichtsperiode überhaupt wurden an Erwerbslosenunterstützung 777 476,17 M., an Streikunterstützung 962 748,45 M., für Rechtschutz 16 166,16 M., bei Mahregelungen 57 336,69 M., an Strafgebühren 26 617,42 M., an Umzugsgeld 25 149,30 M. ausgezahlt. Das sind anerkennenswerte Leistungen der Verbandskasse.

Der Kassendruck zeigt eine Gesamteinnahme von 4 000 365,02 M. (darunter der Bestand von der letzten Abrechnung in Höhe von 435 212,46 M.). Die Gesamtausgabe beträgt 2 995 362,96 M.; mithin blieb ein Bestand von 1 005 002,06 M. am 31. Dezember 1907. — Für Agitation steht die Summe von 66 547,67 M. unter den Ausgaben verzeichnet. Eine eifrige Agitation wurde unter den Biegeleisearbeitern entfaltet.

Die Streikstatistik zählt für die Berichtsperiode auf: 218 Angriffs- und 94 Abwehrstreiks. An den ersteren waren beteiligt 16 156 männliche und 1539 weibliche Arbeiter. In den meisten Fällen, nämlich in 160, handelte es sich darum, die niedrigen Löhne etwas zu verbessern. 40 Angriffsstreiks waren gänzlich ohne Erfolg geblieben. — An den 94 Abwehrstreiks waren 5407 männliche und 1168 weibliche Arbeiter beteiligt. In 34 Fällen waren Mahregelungen die Ursache und genau ebenso oft Lohnreduktionen; 44 Abwehrstreiks gingen verloren. — 49 Aussperrungen fanden statt. Daran waren 6012 männliche und 296 weibliche Arbeiter beteiligt. In 380 Fällen wurde der Verband in Mitleidenschaft gezogen, wenn andere Organisationen Streiks erklärten. Die Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen beliefen sich auf 1 161 685 M.

Der Bericht enthält den Auszug einer Statistik, die über die Lage der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter im ganzen Deutschen Reich während des verfloßenen Jahres aufgenommen worden ist. Die Statistik ist noch einer eingehenden Bearbeitung vorbehalten.

In dem Bericht über das Verbandsorgan „Der Proletarier“ wird über die mangelhafte Verichterstattung bei Lohnbewegungen und Streiks geklagt. „Der Proletarier“ kostete im Jahre 1907 die Summe von 71 626,81 M. Für die weiblichen Mitglieder sorgt der Verband durch den Bezug der „Gleichheit“, für die im selben Jahre 5790,44 Mark ausgegeben wurden.

Ein neues Mittel, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, hat die Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik von A. und G. Traillheimer in Straßburg-Neudorf entdeckt. Der Inhaber der Firma macht im Vertriebe bekannt, daß für diejenigen, die nicht in den Verband und in die Gewerkschaftsversammlungen gehen, Uhren im Werte von 7 M. zu 3,85 M. zu haben sind. Der arbeiterfreundliche Unternehmer als Uhrenhändler. Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr!

Der Vötkerstreik in Ingolstadt hat mit einem Siege der Arbeiter geendet. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Verfammlungen.

Die Jahres-Generalsversammlung der Freien Volksbühne fand im Gewerkschaftshaus statt. Der erste Vorsitzende Conrad Schmidt erstattete an der Hand des gedruckten vorliegenden Geschäftsberichts den Jahresbericht. Der Verein, der am Abschluß des vorigen Spieljahres 11 200 Mitglieder zählte, hat jetzt etwa 14 400 Mitglieder. Im Luffen- und Vorhagen-Theater veranstalteten wir Abendvorstellungen für vier Abteilungen, die sich aber freilich nicht in dem Maße, wie erwartet, füllten. Der frühere Plan, in der nächsten Saison einen großen Teil der Vorstellungen in dem von unserem Vereinsregisseur Herrn Steinert übernommenen

Centraltheater, das einem gründlichen Umbau unterworfen werden sollte, zu veranstalten, war nicht zu realisieren, da mit der Renovierung prozentualer Schwierigkeiten wegen noch nicht hat begonnen werden können. Für die kommende Saison sind die Verträge mit dem Neuen Schauspielhaus über 8 Serien erneuert worden. Die Vorstellungen in eigener Regie werden statt im Berliner Theater, dessen Direktion für unseren Verein unerfüllbare Forderungen stellte, in den Räumen des Zentraltheater und des neuen Herrnhuter-Theater in der Kommandantenstraße stattfinden. Außerdem haben wir für eine Serie das Lessingtheater gewinnen können. Für die Abendvorstellungen ist das Neue Schauspielhaus verpflichtet worden, das und die Montagabende zur Verfügung stellt. — Die Aufführungen beginnen in der kommenden Saison mit „Te deum“ von Hofner, „Kinder der Exzellenz“ von Holzogen, „Versunkene Glocke“ von Hauptmann (im Lessingtheater); „Julius Caesar“ von Shakespeare und „Nabucco“ von Sardou (beide im Neuen Schauspielhaus) sind in fäherer Aussicht gestellt.

Von Kassenbericht erstattete Winkler. Die Einnahmen betragen im Berichtsjahr 1907/08: 163 571,90 M., die Ausgaben 163 132,67 M.; im 4. Geschäftsquartal: die Einnahmen 46 981,80 M., die Ausgaben 45 542,57 M. — Der Einnahme- und Ausgabebetrag ist jetzt 40 000 M. höher als der vorjährige; die Kassen- und Verwaltungsgeschäfte haben sich bedeutend gesteigert. In der lebhaften Diskussion des Geschäfts- und Kassenberichts wurde der Vorstand von Herrn Kuhnner wegen der Einrichtung der Abendvorstellungen getadelt. Herr Lüder und Herr Gottfried Schulz glauben, daß die Abendvorstellungen nicht so besucht werden können wie die Nachmittagsvorstellungen, letzterer fürchtet, jene werden einen Zuschuß erfordern und beantragt deshalb eine Erhöhung des Beitrages auf 1 M. Die Herrin Robert Schmidt, Baake und Winkler betonten noch einmal, daß die Annahme eines solchen Antrages überflüssig sei. Für die Vorstellungen im Lessingtheater müsse ein Zuschlag von 20 Pf. gefordert werden, da sonst die Löhnen nicht gedeckt werden; ebenso für die Abendvorstellungen im Neuen Schauspielhaus resp. die Nachmittagsvorstellungen im Lessingtheater zu erheben. — Die Wahlen ergaben folgendes Resultat: In den Vorstand wurden gewählt die Herren Conrad Schmidt, Baake, Buschold, Friebländer, Winkler; in den Ausschuß: Frau Dr. Jadel, die Herren Bloch, Stämpfer, Dr. Schifowski, W. Bach und Robert Schmidt; zu Revisoren: die Herren König, Gutschmidt und Jonas; zu Obleitern der Ordner: die Herren Hube, Schnase, Weiner, Hauptmann, Weidt, Karl, Wilde, Koltz, Lude; für die auscheidenden Herren Heimann und Kuchly treten die Herren Kutter und Wagner ein.

Die Steinarbeiter hielten am Mittwoch eine Versammlung der Filiale I ab. Winkler besprach die Beschlüsse des Verbandstages und gab sein allgemeines Urteil über dieselben dahin ab: Wenn auch der Verbandstag keine umwälzenden Neuerungen geschaffen habe, so habe er doch die innere Stärkung der Organisation gefördert. Die Mitglieder könnten deshalb mit den Ergebnissen des Verbandstages zufrieden sein. — Diefelbe Ansicht kam auch in der Diskussion zum Ausdruck. — Hierauf erstattete der Kassierer die Abrechnung vom 2. Quartal. Diefelbe zeigt eine Einnahme von 16 069,93 M., eine Ausgabe von 7076,52 M. und einen Bestand von 8993,41 M. Für statutenmäßige Unterstützungen wurden 806,50 M. ausgegeben, außerdem 2820 M. an 221 Kollegen, welche wegen der Kasse ausgesperrt worden sind. Nachdem die Abrechnung erledigt war, wurde bekanntgegeben, daß die Filialleitung in nächster Zeit eine Erhebung veranstaltet über die Organisations- und Arbeitsverhältnisse. Auch der Umfang der Arbeitslosigkeit soll bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, ebenso das Verhältnis der Mitglieder zur politischen Organisation, die Zahl der Leser der Parteipresse usw. Die Mitglieder wurden zur regen Beteiligung an der statistischen Aufnahme aufgefordert.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein russischer Massenprozeß.

Petersburg, 23. Juli. (W. Z. B.) Das Militärbezirksgericht schloß heute die Verhandlung gegen die 44 wegen Zugehörigkeit zur „Partei der Sozialrevolutionäre“ Angeklagten ab. Von den 39 anwesenden Angeklagten wurden 30 zur Zwangsarbeit von 5-15 Jahren, 2 zur Zwangsansiedlung und 2 zu Festungshaft verurteilt, 5 Angeklagte wurden freigesprochen, da ihre Schuld nicht nachgewiesen werden konnte.

Wieder ein Seilbruch!

Anna, 23. Juli. (W. Z. B.) Auf Seehe Königsborn in Böhmen ereignete sich heute morgen ein schwerer Unglücksfall. Ein vollbesetzter Förderkorb stürzte infolge Seilbruchs in die Tiefe. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt. Bisher wurden zwei Leichen zutage gefördert.

Verhängnisvolle Jugentgleisung.

Cherbourg, 23. Juli. (W. Z. B.) Auf der Bahnstrecke Pontivy-St. Vreux englisste in der Nähe von St. Vreux ein Personenzug. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet und 15 Passagiere verletzt.

Typhus im Heere!

München, 23. Juli. (W. Z. B.) In der Prinz Arnulfkaserne ist beim Infanterie-Regiment ein Typhusfall vorgekommen, der tödlich verlaufen ist. Maßregeln gegen die Weiterverbreitung der Krankheit sind in durchgreifender Weise getroffen worden.

Zwei „bekraste“ Freiherren.

Karlruhe, 23. Juli. (W. Z. B.) Die Strafkammer verurteilte heute den Freiherren von Reichenstein und Gameln wegen Herausforderung des Staatsanwalts Dr. Weicher zum Zweikampf zu einem Monat Festungshaft und den Baron von Wengersen, ebenfalls aus Gameln, wegen Kartellrogens zu einer Woche Festung.

Familiengrabdie.

Nürnberg, 23. Juli. (W. Z. B.) In dem oberfränkischen Markt Fleckenrieden wurde der Güter Erbsinger, Vater dreier Kinder, von seiner eigenen Frau im Streite erschossen.

Vernichtung einer portugiesischen Kirche.

Rissabon, 23. Juli. (W. Z. B.) Die Kirche St. Vincent de Paula in Ponta Delgada ist samt ihren berühmten Kunstschätzen durch eine Feuerbrunst vollständig zerstört worden.

Banerische Kirchweihfeiern.

Passau, 23. Juli. (W. Z. B.) Auf der Kirchweihfeier in Teisnach kam es zwischen Bauernburschen zu einer blutigen Messerschlacht, bei der acht Personen durch Messerstiche teils schwer, teils minder schwer verletzt wurden.

Vom Schlachtfelde des Klassenkampfes in Finnland.

Neben dem soeben zu Ende geführten Wahlkampfe auf dem politischen Gebiete wüthet der Kampf zwischen den Arbeitern und Arbeitgeberern auf dem wirtschaftlichen Gebiete nicht minder heftig. Er hat alle bedeutenderen Berufe ergriffen.

Ueber die in den ersten vier Monaten des Jahres stattgehabten Arbeitseinstellungen berichtet die „Arbeitsstatistische Zeitschrift“ (Työtilastollinen Aikakauslehti) von 87 Fällen, von welchen 18 im Januar, 11 im Februar, 8 im März und 4 im April, und 1 bereits im vergangenen Jahre stattfanden. 34 Fälle sind als Streiks, 3 sind teilweise als Streiks, teilweise aus Aussperrungen angeführt.

Die Dauer der Streiks war in 19 Fällen 7 Tage; in 9 Fällen 8-14 Tage; in 3 Fällen 2-30 Tage; in 2 Fällen 31-60 Tage; in 2 Fällen von 61-120 Tage. Ueber zwei Fälle fehlen die Daten. Der Streik der Lederarbeiter dauerte 282 Tage.

Es waren an diesen Arbeitseinstellungen beteiligt: Metallarbeiter (3 Streiks), Steinarbeiter (4), Zement- und Betonarbeiter (3), Töpfer (1), Sägereiarbeiter (7), Bauarbeiter (1), Spulendrehler (2), Spinnereiarbeiter (1), Reepschläger (1), Lederarbeiter (2), Schneider (1), Waldarbeiter (8) und verschiedene Berufe (3). Die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug 3757, davon 481 organisiert. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage betrug 24 540.

In den meisten Fällen handelte es sich um die Lohnfrage in irgendeiner Form, um die Arbeitszeit, um die Lehrlingsfrage, in einem Falle um die Zusammenarbeit mit unorganisierten Arbeitern.

In 11 Fällen gingen die Arbeiter mit ihren Forderungen teilweise durch; in 23 Fällen siegten die Unternehmer; in nur 3 Fällen siegten die Arbeiter ganz.

Der „Työmiehi“, das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie, schildert die Lage zwischen den Arbeitern und den Unternehmern in einem Leitartikel vom 8. Juli folgendermaßen:

„Durch den schnellen Aufschwung unserer Gewerkschaften sind die Unternehmer wie erschreckt. Sie können es gar nicht verzeihen, daß sie oftmals sich gezwungen sahen, den Arbeitslohn zu erhöhen, wie auch den Arbeitstag zu kürzen. Obwohl die Siege der Arbeiterschaft nicht allzu groß sind, waren sie doch bedeutend genug, um die Unternehmer im ganzen Lande in Gegenorganisationen zusammenschließen zu lassen.“

Es entstanden in allen bedeutenderen Ortschaften Unternehmerverbände, wie z. B. die Verbände der Metallindustriellen, der Papierfabrikanten, der Schneidermeister, der Sägereiindustriellen, der Zementindustriellen usw. Viele von diesen Unternehmerverbänden haben sich als einen allgemeinen Arbeiterverband organisiert. Diese Zentralorganisation hat die Aufgabe, den Kampf gegen die Arbeiterschaft einheitlich zu organisieren und zu leiten. Die Macht der Arbeitgeber ist dadurch sehr viel stärker geworden, so daß die Kraft der einzelnen Gewerkschaften gegen sie nicht mehr ausreicht.

Bereits von Oitern an kämpfen die Metallarbeiter von Tammerfors gegen die Metallherren. Aber es besteht keine Hoffnung auf eine Verständigung. Die Arbeitgeber wollen die Wünsche der Arbeiter nicht mal anhören. Die Arbeiter können hungern oder sterben; die Herren interessieren nur niedrige Löhne.

Die Herren von der Papierindustrie sind einig darüber, um alles so zu lenken, daß es von ihnen abhängt, zu einem gegebenen Moment eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen zu können. In allen abschließenden Verträgen beantragen sie einen Punkt, darauf gestützt sie auch während der Fortdauer des Arbeitsvertrages eine Aussperrung vornehmen können!

Die Bauherren gehen ganz rücksichtslos vor. In Abo waren sie gezwungen, mit der organisierten Arbeiterschaft einen Tarifvertrag abzuschließen. Aber schon erklärten sie, daß dieser Vertrag sie nicht binde und sie beabsichtigen, den Arbeitstag auf 10 Stunden zu verlängern, während vertragsmäßig der Arbeitstag auf 9 Stunden festgesetzt wurde. — Die Bauherren von Helsingfors beschloßen ebenfalls, mit dem 15. Juli auf den Rechnungstag zurückzugehen. Die Durchführung dieses Beschlusses wird in Helsingfors eine Aussperrung zur Folge haben, denn die Arbeiterschaft ist entschlossen, an dem Rechnungstagen festzubalancieren.

Die Konfessionäre und Schneidermeister haben mehrfach ganz dieselben Grundfälle vorgebracht; sie werden von dem Geiste geleitet, daß die Arbeiterschaft je früher je besser niederkniet sei!

Viele Zeichen weisen darauf hin, daß die Arbeitgeber nicht nur die früheren Verhältnisse einführen wollen, sondern noch tiefer herabzutrreten trachten. Und die Gemeinderäte in Stadt und Land zeigen ganz dasselbe Bestreben. Die Bauämter von Helsingfors, Wiborg und Abo haben schon den Weg der Verlängerung des Arbeitstages betreten. Und die Regierung unterstützt sie.“

Erinnerungen aus Paris*).

Von Fr. J. Ehrhart.

Noch in dem verhältnismäßig jugendlichen Alter von 20 Jahren führte mich das Schicksal wegen Preisvergehens vor das Schwurgericht. Das ist kein besonderes Ereignis, aber daß die Ratsschläge des Staatsanwalts einen greifbaren Eindruck auf den ihm überantworteten Sünder machen, das kommt schon weniger vor; ich besahe, einer dieser Wenigen zu sein. Mein Staatsanwalt war Herr v. Marschall, ein ausgezeichneter, routinierter Redner, der in zierlichem, dem Angeklagten stets wohlwollenden Vortrag fast immer das „Schuldig“ für sein Opfer erwirkte; er suchte am Schluß seiner Rede auch mein Herz zu rühren. Umkehr sollte ich halten, mich nicht betören lassen von dem verberberischen, neuen Evangelium und den gewissenlosen Hehern; wenigstens sollte ich mir erst einmal die Welt anschauen, mein gewerbliches Können und allgemeines Wissen zu erweitern suchen. Der letztere, so väterlich-herzlich vorgetragene Rat machte Eindruck auf mich; noch auf der Anklagebank sah ich den Vorfall, recht bald der Anregung Folge zu geben, und führte ihn auch aus. So war der Staatsanwalt der eigentliche Veranlasser meiner ausländischen Tätigkeit, die nicht ohne bleibende Wirkung auf mich blieb, und so besuchte ich die Weltstädte, die mir eine Fülle interessanter Tätigkeit und liebe Bekanntschaften brachten.

Für viele strebsame Handwerker war der Besuch der Weltstädte etwas Notwendiges; besonders war ihnen stets Paris das Ziel eines, wenn auch nur vorübergehenden Aufenthalts. Hier war in Rußen aller Art und in ergänzenden Vorträgen auch dem Handwerker Gelegenheit zum Selbststudium geboten. Das war um so leichter möglich, als die Städte, frei von jedem Bureaucratismus, unentgeltlich und zu jeder Tageszeit, Sonn- und Werktagen, jedem zugänglich waren. So angenehm und billig es sich für den Einzelnen in Paris auch leben läßt, so schwer war es aber in der Regel, als Arbeiter ohne Protection lohnende Beschäftigung zu finden; zu Hunderten lungenerten die planlos in die Stadt zugereisten Fremden auf den Straßen herum. Zu der Armee jener, die vor den Zeitungsexpeditionen und Arbeitsnachweisen sehnsüchtig der neuesten Ausgaben harrten, stellten die Deutschen ein ganz erhebliches Kontingent; dazu war bei ihnen auch von Organisationen noch wenig zu bemerken. So oft auch vor dem planlosen Zugzuge ge-

* Fr. J. Ehrhart, der uns viel zu früh entzogene leidenschaftliche Kämpfer und kluge Politiker, schildert in der ihm eigenen frischen und wahrhaft vollständigen Weise seine Pariser Erlebnisse im eben erschienenen „Neuen Welt-Kalender“ für 1908. Wir geben sie im Auszug wieder.

„Was sollen die Arbeiter daraus lernen? Einzig, daß uns niemand hilft als wir selbst!“ antwortet der Artikelreiber und legt den Arbeitern nahe, sich immer fester und inniger zu organisieren, um den Unternehmerverbänden mit vereinigter Kraft entgegenzutreten zu können.

Aus Industrie und Handel.

Liebesgaben.

Wie durch das schon oft kritisierte System der Einfuhrscheine die Reichskasse geplündert wird, schildert die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ also: Seit der Einführung des neuen Zolltarifs, die mit einer Erhöhung des Haferszoll von 28 M. auf 50 M. für die Tonne verbunden war, ist die Einfuhr von ausländischem Hafer stark zurückgegangen, gleichzeitig aber auch die deutsche Haferausfuhr entsprechend gestiegen. In der Zeit vom 1. August 1907 bis 30. Juni 1908 wurden in Deutschland nur 265 784 Tonnen Hafer verzollt gegen 318 180 Tonnen im gleichen Zeitraum 1906/07. Dagegen wurden 1907/08 aus dem freien Verkehr 511 844 Tonnen Hafer ausgeführt gegen 319 089 Tonnen in 1906/07. Der Ausfuhrüberschuß, der im Vorjahre erst 1000 Tonnen betrug, ist also in diesem Jahr bereits auf 246 000 Tonnen gestiegen. Da bei der Ausfuhr sogenannte Einfuhrscheine erteilt werden, wodurch den Exporteuren eine Vergütung aus der Reichskasse in Höhe des Eingangszolles zuteil wird, so ist durch die in elf Monate August-Juni 1907/08 fallende Haferausfuhr von 511 844 Tonnen der Reichskasse eine Ausgabe von 511 844 x 50 gleich 25 592 200 M. erwachsen. Die deutsche Landwirtschaft muß natürlich Ersatz für einen so starken Abfluß von inländischem Hafer haben. Würde dieser Ersatz durch eine entsprechende Mehreinfuhr von ausländischem Hafer geschaffen, so würde der Reichskasse der vorausgabte Betrag durch den Eingangszoll wieder zuzuführen. An Stelle des ausgeführten deutschen Hafers wird aber ausländische Futtergerste eingeführt, und für diese beträgt der Zoll nicht 50 M., wie für Hafer, sondern nur 13 M. Die Reichskasse macht dabei ein sehr schlechtes Geschäft; denn während sie für jede Tonne ausgeführten Hafers 50 M. vergütet, erhält sie auf die als Ersatz eingeführte Futtergerste nur 13 M. Zoll für die Tonne. Auf eine Tonne ausgeführten Hafers können also annähernd vier Tonnen Futtergerste zollfrei eingeführt werden.

Das Konditionswesen und seine Einwirkungen auf die Arbeiterschaft.

In kaufmännischen und Industriekreisen vollziehen sich schon seit längerer Zeit bedeutende, für den gesamten Handel überaus wichtige Umwälzungen. Seit Jahrzehnten blüht und gedeiht die deutsche Industrie und der deutsche Detailhandel in freier Konkurrenz. Rasenhaft haben sich nun aber die Fabrikannten der einzelnen Branchen zusammen und gründeten Verbände und Konditionen und der Faktor der freien Konkurrenz wird ausgeschaltet.

Nicht nur daß die Fabrikannten unter sich Abmachungen über den Preis eines Artikels, natürlich nicht zu ihrem Schaden, treffen, (jedes Mitglied muß sich verpflichten, nicht billiger als zu dem festgesetzten Preise zu verkaufen, im Uebertretungsfall ist eine meistens mehrere hundert Mark hohe Strafe zu zahlen) werden auch dem Detailisten alle möglichen Vorschriften nicht nur über den Einkauf, sondern auch über den Verkauf und über die Höhe seines Verkaufspreises gemacht. Ist er nicht gewillt, sich in seinem freien Bestimmungsrecht beschränken zu lassen, droht ihm der Boykott. Er bekommt von den vereinigten Fabriken keine Ware mehr geliefert. Sein Geschäft geht zurück, wenn er überhaupt noch imstande ist, sein Geschäft weiter zu führen. Soll Ingeheim sieht der Detailist diese neue Macht täglich wachsen, ohne eine Einwendung wagen zu dürfen.

Dem kursorischen Beobachter im Wirtschaftsleben zeigt sich vorerst nur dieser Uebelstand, der weiter Forschende erblickt aber noch viel mehr Missetände des Konditionswesens oder vielmehr Unwesens. Und zwar ist es die breite Masse des Volkes, die der Nachstellung weniger Fabrikannten ihren Tribut zahlen muß. Nur einige Beispiele aus den letzten Monaten beweisen diese Behauptung. Ja, noch mehr! Es zeigt sich, daß der Arbeiter unter den Konditionen noch mehr zu leiden hat als der kleine Kaufmann.

Für irgendeinen Artikel war der billige Einkaufspreis einer bestimmten Qualität 80 Pf. pro Meier. Durch die Konkurrenz, die sich die Fabrikannten gegenseitig machten, war jeder einzelne gezwungen, für diesen Preis eine möglichst gute Ware zu bringen. Wird nun eine Kondition gebildet, verpflichten sich die Fabrikannten, diesen Artikel für die Folge nicht unter 1 M. zu verkaufen. Der Detailist bekommt nun, an welchen Fabrikannten er sich auch wendet, den betreffenden Artikel nicht mehr für den früheren

warnen wurde, immer wieder fanden sich die leichtfertigen Kunden in Paris ein, und mancher mußte seine Kühnheit schwer büßen. Aber was nicht alles; das schöne Paris, das Herz Frankreichs, wird auch fürderhin ein bevorzugter Magnet für die reisefreudigen Wanderer, besonders für unsere jungen Genossen, bleiben. Für wen sollte dieses Paris mit seiner glorievollen revolutionären Vergangenheit, wo jeder Pflasterstein eine historische Bedeutung hat, auch kein Anziehungspunkt sein? Ganz besonders aber wird der Reuling, der vielleicht kurz zuvor, wie ich, unsere Literatur über das revolutionäre Paris verschlang, gepackt. Auf allen Pruden und Staatsgebäuden begegnet er der in großen Lettern tief eingemeißelten Devise der großen Revolution: liberté, egalité, fraternité (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit). Das hat etwas Anheimelndes, brüderliche Empfindungen wachend für den Zugewandten. Nur schwer und mit einem gewissen Gefühl der Behmut konnte man sich dann in die rauhe Wirklichkeit hineinleben; denn für das heutige Frankreich, für die herrschenden Keinen Söhne großer Väter, bedeuten diese goldenen Worte nichts anderes als einen Schamlappen zur Deckung der Wandlung des entarteten Bürgerturns zum modernen Kapitalismus mit seiner ganzen rohen Brutalität.

Schwer war es für ein Grünhorn, in Paris lohnende Arbeit zu finden; aber ich hatte Glück. Durch das Syndikat wurde mir eine Stelle am äußersten Ende der Stadt nächst den elysischen Feldern angewiesen, auf die ich noch am Tage meiner Ankunft losfuhr. Am Ziel meiner Wanderung angelangt, traf ich eine allerliebste junge Meisterin im Laden; sie begann nach Ueberzeugung meiner Karte auf mich einzutreten; sie stellte offenbar Fragen, aber ich, der ich nicht eines französischen Wortes mächtig war, stand verständnislos vor ihr. Hilfloß blickte ich nach allen Seiten, schüttelte verzweifelt den Kopf. Die junge Meisterin zuckte mitteilend lächelnd die Achseln. Während ich mich anschickte, mich mit einigen englischen Broden zu drücken, hingelte sie einen alten Arbeiter herbei, der mich am Arme fassend aus dem Laden durch einige kleine, enge Gassen mit sich zerrend in einen großen Hof in die Betriebswerkstätte führte und dem Chef, einem herrlichen Pendant zur schönen Meisterin, vorstellte. Hier dieselbe Unmöglichkeit der Verständigung; keiner von den zehn Arbeitern, die alle Stockfranzosen waren, konnte helfen. Soviel glaubte ich aber annehmen zu dürfen, daß der Chef gefonnen sei, mich aufzunehmen. In meiner grenzenlosen Verwirrung griff ich nach der Uhr, sie ihm fragend unter die Nase haltend. Wichtig, er verstand und deutete auf die Uhr. Ich wußte genug. Frühlich meldete ich mich am anderen Morgen pünktlich um die achte Stunde zur Stelle und fand das Ziel meiner Wünsche: liebenswürdige Kollegen und einen höchst anständigen

Preis. Es bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Stoff auch teurer zu verkaufen. Den mühseligen Gewinn, den sich der Fabrikant durch die Kondition sicherte, muß der Konsument bezahlen. Denn gerade in den billigen täglichen Gebrauchs- und Wirtschaftartikeln üben die Konditionen ihren Einfluß auf die Preise aus. Der Preis eines Artikels hängt nicht von der Leistungsfähigkeit des Fabrikanten ab und wird auch nicht durch Angebot und Nachfrage reguliert, sondern der Preis unterliegt der Willkür der Fabrikannten.

Eine andere Art von Schädigung durch die Konditionen charakterisiert sich in dem allgemein bekannten Rundschreiben des Verbandes der bayerischen Metallindustriellen.

Noch ein drittes Beispiel möge das Wesen dieser modernen Fabrikannten- und Unternehmerorganisationen ins rechte Licht setzen. Die Kondition der Porzellanfabriken macht plötzlich neben anderen Vorschriften, die sie den Porzellangeschäften, Warenhäusern und Porzellanhändlern erteilt, bekannt, daß von jetzt ab der letzte Bruch nicht mehr verkauft, sondern in den Fabriken gleich wieder vernichtet wird. So harmlos dieser Befehl klingt, bedeutet er jedoch für den in der Porzellanbranche tätigen Kaufmann eine beispiellose Anmaßung der Porzellanfabriken. Zum näheren Verständnis sei folgendes gesagt. Das fertige Porzellan wird in den Fabriken je nach der Güte sortiert. Die erste Sortierung ist in jeder Hinsicht tadelloses Porzellan, jedoch sind die Preise für diese Ware so unerschwinglich, daß sie nur von vermögenden Leuten gekauft werden kann, während die letzten Sortierungen, und speziell der letzte Rest, wegen seiner Billigkeit von kleinen Leuten und Arbeitern gekauft wird. In diesem Porzellan machen auch die meisten Porzellanhändler sowie die Warenhäuser den meisten Umsatz. Dieses vollständig brauchbare Porzellan soll, wenn es nach den Wünschen der Fabrikannten geht, von jetzt ab vernichtet werden. Die Gründe liegen greifbar nahe. Wenn der Händler von der Fabrik kein billiges Porzellan mehr bekommt, muß er die teurere Sortierung führen und der Konsument muß wohl oder übel tiefer in die Tasche greifen. Das, was der Konsument mehr bezahlt, fließt wieder dem Fabrikannten in die Tasche, der früher an 10 Kosten der letzten Sortierung nicht so viel verdienen konnte, wie jetzt an einem Kosten der besseren Sortierung.

Die Kleinen werden von den Großen gedrückt und letzten Endes muß der Konsument zahlen!

Bankrott in Solingen.

Die Solinger Bank hat falliert. Gegen vierhundert Millionen Mark gelten als verloren. Die Leidtragenden sind in der Hauptsache lokale Unternehmungen. Eine Rettungsaktion mit dem Warmer Bankverein Hinsberg, Fischer u. Co., Kommandit-Gesellschaft auf Aktien, ist gescheitert. Eine Aufsichtsrats-Sitzung, die am Dienstag stattfand und in der Vertreter des Warmer Bankvereins antwortend waren, mußte, nachdem diese die Unmöglichkeit einer Rettung erklärt hatten, beschließen, den Konkurs anzumelden.

Die Solinger Bank arbeitete zuletzt mit einem Aktienkapital von 3,6 Millionen Mark. Eine Vermehrung um 1,2 Millionen war bereits beschlossen. Die letzte Bilanz wies als Summe der Debitorenposten 7,63 Millionen Mark aus. Außerdem war ein Wechselbestand von 3,97 Millionen Mark vorhanden. Gläubigerforderungen standen 1,88 Millionen und Depositen einlagen mit 1,82 Millionen zu Buch. Außerdem waren 3,33 Millionen Akzeptverbindlichkeiten vorhanden. Der ordentliche Reservefonds enthielt 0,71 Millionen und eine Spezialreserve 88 777 Mark. Es wurde eine Dividende von 7 Proz. verteilt.

Der Zusammenbruch der Bank ist auf unvorsichtiges Kreditgeben zurückzuführen. Große dortige Firmen, die schon lange schwach standen, wurden von der Bank gestützt. Die von ihnen gegebene oder von der Bank reichlich auf sie gezogenen Akzepten sind wertlos. Trotzdem wurden sie mit dem vollen Nominalwert verbucht. Dadurch ist die Bank jahrelang über Wasser gehalten worden.

Im Juni dieses Jahres starb der Direktor Strammann, der über 30 Jahre lang bei der Bank angestellt war. Kurze Zeit darauf, in diesem Monat, folgte ihm der erste Direktor, von Kneiff, welcher mehr als 25 Jahre der Bank angehörte. Man spricht davon, daß die beiden Direktoren Selbstmord begangen haben.

Die eigentlichen Leidtragenden sind, wie immer, die Arbeiter. Die Folgen des Krachs lassen sich noch immer nicht absehen. Sicher ist aber, daß in den nächsten Tagen und Wochen mehrere — darunter sehr bedeutende — Zusammenbrüche diesem ersten folgen müssen. Die Arbeitslosigkeit, die so schon so stark war, wird noch stärker in die Erscheinung treten.

Krisenwirkung. Auf einem Förder Eifenwerk wurde — wegen Mangel an Aufträgen — dreißig Arbeitern gekündigt. Aus derselben Ursache wurde für sämtliche Arbeiter des Werkes die siebenstündige Schicht eingeführt und eine allgemeine Lohnkürzung vorgenommen.

Arbeitgeber. Nach drei Tagen kam der Jahstag. Monsieur Bonmaison legte mir fünfzehn Frank auf den Tisch; eine an mich gestellte Frage, die ich aber nicht verstand, beantwortete ich mit einem kräftigen „Oui“. Damit legte er mir weiter fünf Frank hinzu, schrieb mir aber einen Zettel, ich solle einmal einen Dolmetscher mitbringen; er wolle sich weiter mit mir auseinandersetzen. Das geschah schon den folgenden Sonntag. Mein Freund Barber, der bald darauf nach London übersiedelte, habe von nun ab ziemlich Arbeit mit mir. So liebenswürdig und aufmerksam meine Kollegen auch waren, so wollten sie doch mit einem Deutschen, den zu verlesen sie peinlich vertrieben, nichts zu tun haben. Sie redeten bis über die Ohren im Chauvinismus; ebenso empfand auch meine Meisterin, die die Hosen anhatte und mit Grazie zu tragen verstand. Mein Freund sollte mich deshalb als Oesterreicher vor, und diese Landsmannschaft wollte ich so lange beibehalten, bis ich mich mit ihnen selbst verständigen konnte.

Das Arbeitsverhältnis war ein patriarchalisches. Einmal gab uns unser Chef ein Festchen, das recht gemüthlich war; ich wurde dabei ganz besonders bevorzugt. Der Wein machte die Köpfe lebhaft, fast zu fröhlich. Der Morgen begann schon zu grauen, als ich bei einem üblichen Anlaß aus Versehen durch die unrechte Tür in die Küche trottete. Meine reizende Meisterin thronte, zum Krüßen lieb ausschauend, neben dem würzig dampfenden Kaffeetisch. Heute weiß ich noch nicht, woher ich die Dreistigkeit nahm; kurz, ich beugte mich über sie und drückte einen herzhaften schmerzhaften Kuß auf ihre roten Lippen. Sie lachte hell auf und Monsieur Bonmaison, der, ohne daß ich es merkte, Zeuge des Vorfalls war, lachte mit. Ich fühlte alles Blut in den Schläfen strömen, und rot wie ein Krebs drückte ich mich schleunigst. Bei Wiederertritt begrüßte mich die Gesellschaft mit lautem Gellö. Ich war beschämt, freute mich aber damals und heute noch über den gelungenen Diebstahl, den mir niemand nachtraug, und über den sich meine Meisterin am meisten lustig machte.

Im Gegensatz zu London entwickelte sich unsere deutsche Bewegung in Paris nur sehr langsam; es fehlten ihr namentlich die bodenständigen Kerntruppen. Der Kreis der Genossen war ein kleiner und bestand fast ausnahmslos aus Reizungsgegnern. Das schöne, leichtlebige Paris war daran nur zum Teil schuld; mehr Einfluß hatte auf uns die Präferenzgesellschaft, die jede Regsamkeit einer französisch-sozialistischen Bewegung unterdrückte. Auch die Chauvinistenfeude, die den französischen Arbeiter beherzichte, trug ihren Teil zu dieser Stagnation bei. Selbst solche, die uns als Genossen bekannt waren, verdrangen ihr Empfinden trotz aller Köp-

Das verachtete Lorching-Theater

gab vorgestern abermals eine Gastrolle vor der sechsten Kammer des Gewerbegerichts. Das gesamte technische Personal der einstigen Bühne erhob Klage wegen nicht gezahlten Lohnes, und zwar wurde diesmal die Klage gegen den Theaterarzt Dr. Meier erhoben. Das Charakteristische bei den ganzen Klagen gegen das Lorching-Theater ist nämlich, daß jedesmal ein neuer Mann als der vermeintliche derzeitige Direktor in Anspruch genommen wird und jeder Beilagte die Schuld auf diejenigen, die vor ihm oder neben ihm arbeiteten, abzuwälzen sucht. So schob Garrison in einem der letzten Prozesse seinem Nebenbuhler Schramm die Hauptschuld an dem Fiasko zu, während in der vorerwähnten Verhandlung seine eigene direktoriale Tätigkeit scharf angegriffen wurde. Die Vertreterin des Beilagten, die Sängerin W., wandte vor allem ein, daß ihr Mandant niemals Direktor des Theaters gewesen wäre, es als Arzt auch gar nicht werden konnte, sondern nur das Unglück gehabt habe, Finanzmann der Bühne zu werden. Dr. M. habe 70 000 M. verloren und sei jetzt nicht in der Lage, noch mehr einzubringen. Der Hauptschuldige an dem traurigen Fiasko sei nur Garrison, der vom Berliner Polizeipräsidenten als „gefährlicher Abenteurer“ bezeichnet worden sei. Das die Klage erhebende Personal stützt sich in der Hauptsache auf einen Vorgang, der sich am 2. Mai im Foyer des Theaters abspielte. An diesem Tage tat sich das künstlerische mit dem technischen Personal zusammen, und die Majorität erklärte, nicht weiter zu spielen. Darauf sprang Dr. Meier auf einen Tisch und beruhigte das versammelte Personal mit den Worten: „Spielt doch ruhig weiter, das Geld ist Euch ja sicher, denn die Kaution liegt doch auf dem Berliner Polizeipräsidenten.“ Das Personal sah nach dieser Ansprache Dr. M. für den neuen Direktor an. Drei Zeugen bestätigten aber die Behauptungen des Beilagten, daß dieser niemals direktoriale Tätigkeit ausgeübt hatte, daß vielmehr Garrison als Direktor den Ruin der Bühne verschuldet. — Bei Verteilung der Kaution mußten sich die technischen Angestellten einen Abzug von 25 Proz. gefallen lassen, während die als Vertreterin auftretende Sängerin 1350 M. voll erhielt und auch zwei andere Künstler ihre volle Gage von der Kaution erhielten. Die Kläger übten an dieser ungleichen Verteilung heftige Kritik. Das Urteil soll in acht Tagen publiziert werden.

Vertraglicher Ausschluß mündlicher Kündigung.

Vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts lagte am Mittwoch gegen das Kaufhaus Heinrich Jordan die frühere Verkäuferin Alice B. Die Klägerin war acht Jahre lang bei genannter Firma in Stellung, und da ihr das Gehalt von 100 Mark, das sie zuletzt bezog, zu niedrig dünkte, so trat sie an den Personaldirektor, Herrn Schiedebang, Mitte April mit der Bitte um Zulage heran. Diese wurde ihr abgelehnt, und die Verkäuferin erklärte darauf, daß ihr dann nichts weiter übrig bliebe, als zu kündigen. Zu wann gekündigt wurde, ist streitig; per 1. Juli nach der Behauptung der Klägerin, zum 1. Juni nach den Angaben des Direktors Sch. Unstreitig ist aber, daß Sch. die mündliche Kündigung annahm, aber von der Klägerin die schriftliche Einreichung der Kündigung verlangte, indem er sich auf den § 8 der Geschäftsordnung stützte. Dieser § 8 besagt nämlich, daß auf beiden Seiten nur die schriftliche Kündigung Gültigkeit hat. Die Klägerin zog es vor, die schriftliche Kündigung nicht einzureichen, wurde aber trotzdem am 1. Juni entlassen. Sie erhebt nun Anspruch auf das Juni-Gehalt in Höhe von 100 Mark. Ihre Kündigung sei, da sie nicht schriftlich erfolgt sei, nach § 8 der Geschäftsordnung unzulässig. Sie habe es sich mit der Kündigung darum überlegt, weil sie nach den Statuten der bei der Firma eingeführten Pensionsversicherung der von ihr eingezahlten Pensionsgelder verlustig gegangen wäre. Für diese Versicherung wurden ihr 4 Mark pro Monat abgezogen. Direktor Schiedebang erwiderte auf die Frage des Vorstehenden, warum man denn eine Angestellte, die 8 Jahre im Hause sei, nicht noch den einen Monat behalten konnte, daß liebe die Disziplin nicht zu. Nach der Dauer der Tätigkeit könne man auch nicht urteilen, denn manches Geschäft frante an altem Personal. (?) Der Vorstehende erklärte darauf, daß er langjährige Tätigkeit in einem Hause bisher immer für ein gutes Zeichen nach beiden Seiten hin angesehen habe. Die Beklagte wurde zur Zahlung des Monatsgehältes verurteilt. Die Klägerin konnte, nachdem ihr Direktor Sch. selbst die Einreichung der schriftlichen Kündigung anheimgab, annehmen, daß die endgültige Entscheidung der Kündigungsfrage von ihrer schriftlichen Willenserklärung abhängt.

Brügelrecht der Kapitäne.

Inserem Hamburger Weidewesen entnehmen wir folgenden Gerichtsfall. Der Kapitän Karl Sachs war wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung angeklagt. Der zur Verhandlung stehende Fall betrifft schon vom 3. Juni 1906, an welchem Tage der vom Angeklagten geführte Dampfer „Hedwig Heidmann“ die Unterelbe passierte. Der Angeklagte behauptet, er habe zwei Matrosen, die in handgreifliche Differenzen geraten seien, gekannt und dem Matrosen Z. ein paar Badpfeifen gegeben, weil er schlecht gesteuert

hätte; sie mieden und. Man konnte an ihnen so recht bemerken, was ein verunglückter Krieg aus den Menschen machen kann.

In der Rue de Bastille versammelten wir uns Sonnabends. Die ersten Gäste, die sich zu jeder Sitzung auf den Glockenschlag einstellen, waren zwei vierköpfige massive Bengel mit biden Mohrenfüßen, deren Neugier schon verriet, daß sie der Arbeit aus dem Wege zu gehen verstanden. So freundlich sie auch jeden der Ankommenen angrüßten, so wurden sie doch instinktiv gemieden. Tatsächlich waren sie Stipendiaten des damals noch bestehenden Republikansonds und standen unter der Direktion der deutschen Gesandtschaft. Wir hatten um so weniger Ursache, sie zu entfernen, als uns daran gelegen war, daß die Gesandtschaft über unser Treiben freis informiert war; das, was sie nicht wissen sollte, erfuhren ihre Kreaturen doch nicht.

Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre schlug der Nihilismus in Rußland hohe Wellen. Eine Attentatsnachricht aus Petersburg überlieferte die andere. Das Pariser Bürgerkrieg nahm, gleich den Arbeitern, diese Kunden, besonders wenn sie erfolgreich waren, mit hellem Jubel auf. Man war demokratisch gesinnt und sah zu jener Zeit noch in der Herrschaft an der Person den Indentiff jeder Reaktion, weshalb man alle Mittel begrüßte, die darauf abzielten, dieses Regime zu stürzen. In Paris trieb sich ein Heer russischer Epischenschilder umher, fand aber wenig Ausbeute, denn die russische Kolonie war klein, konnte sich gegenfeitig und hatte keine unreinen Elemente unter sich. Es war mir freis ein Versuch, einen Abend im Kreise dieser jungen, begeisterten, bedürfnislosen Idealisten beim Samowar zu verbringen. Sie wurden von Spießeln umhimmelt. Vater Porrois, der in der Pariser Gesellschaft hohe Achtung genoß — er besuchte auch und zuweilen zu einem Vortrage —, konnte davon ein Lieblein singen. Ueber und unter, bis-abis von ihm hatten sich Vigilanten einquartiert, die ihn bei Tag- und Nachtzeiten beobachteten. Dabei stand der greise Gelehrte den terroristischen Laten völlig fern.

Zu jener Zeit war die Pariser Präsektur durch Andreux, der vor dem Kommuneaufstande selbst der Internationale angehörte, im Streben aber ein Ministeriums war, besetzt. Er arbeitete hinter dem Rücken seines Ministeriums, dem er Verlegenheiten zu bereiten suchte, gemeinsam mit den russischen Spießeln.

Die Nachricht über ein Attentat, das bei Moskau auf einen kaiserlichen Hofzug durch den Nihilisten Leo D a r i m a n n, wenn auch erfolglos, ausgeführt wurde, überraschte besonders durch die Kühnheit des Unternehmers. Pöhllich, es war in der Neujahrsnacht 1880, verbreitete sich mit Blitzesschnelle die Kunde, daß Parismann durch Andreux in Paris verhaftet und an Rußland ausgeliefert werden sollte. Jetzt konnte sich das Empfinden der Einwohnerkraft befähigen. Die Entrüstung über die beschimpften Maßnahmen Andreux' war eine allgemeine, die Presse nahm

habe. Es wird dem schlagenden Kapitän vorgehalten, daß Z. eine blutige Lippe davongetragen habe. Neht fuhr der Angeklagte schmerzliches Geschrei auf, von dessen Durstschlagskraft er nicht ohne Grund fest überzeugt war: Der Mann habe sonst sehr gut gesteuert, aber er sei vom Seemannsverbande aufgehoben worden, der einen Mann an Bord geschickt habe, um die Leute aufzuwiegeln. Ganz anders schildert der kommissarisch vernommene Z. den Vorgang: Wenden einer geringen, nicht verschuldeten Abweisung vom Kurs habe der Kapitän ihn drei- bis viermal ins Gesicht geschlagen, so daß er Schmerzen im Gesicht und am Ohr gehabt habe; die eine Wade sei geschwollen und die Unterlippe blutig gewesen. Er habe sich beim ersten Offizier krank gemeldet, der ihn aber abgewiesen habe. Da er sich arbeitsunfähig gefühlt, habe er sich in die Kojen gelegt. Wie aus den Akten hervorgeht, ist Z. wegen dieses Krankheits — pardon! wegen Arbeitsverweigerung vom Seemannsamt bestraft worden. Auf Befragen eines Richters gibt der Angeklagte zu, daß er sonst mit Z. zufrieden war, worauf er wieder gegen den Seemannsverband zu Felde zieht, der ihm seine Leute aufbehe. Ein Zeißler: „Sie brachten den Mann doch nicht blutig zu schlagen.“ Angeklagter: „Was soll man machen? Man steht allein, hat nicht viele Leute, und dann passiert so etwas. Man muß dann durchgreifen.“ Die Verteidigungsrede hielt schon der Staatsanwalt: Der Angeklagte habe geglaubt, der Matrose Z. steuere absichtlich falsch. In solchem Falle könne ein Kapitän alle Mittel anwenden, um den Ungehorsam zu brechen. Der Absatz 2 des § 91 der Seemannsordnung lautet: „Bei einer Widerseßlichkeit oder bei beharrlichem Ungehorsam ist der Kapitän zur Anwendung aller Mittel befugt, welche erforderlich sind, um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen. In diesem Zwecke ist ihm auch die Anwendung von körperlicher Gewalt in dem durch die Umstände gebotenen Maße gestattet. Er darf ferner gegen die Beteiligten die geeigneten Sicherheitsmaßregeln ergreifen und sie nötigenfalls während der Reise fesseln.“ Aus diesem Grunde beantragte er die Freisprechung des Angeklagten. Nach kurzer Beratung spricht das Gericht den Angeklagten frei. Es sei zwar nicht festgestellt, daß der Matrose Z. ungehorsam war, aber der Angeklagte war der Meinung, daß dies der Fall gewesen sei, und aus diesem Bewußtsein heraus habe er sich an dem Matrosen vergriffen.

Eine prächtige Rechtsfleße — der Matrose wird infolge seiner Krankheit bestraft, der Kapitän, der ohne Berechtigung brutal schlug, wird freigesprochen, weil er glaube, im Recht zu sein. Das ist eine natürliche Folge des von der Sozialdemokratie seinerzeit leider vergeblich bekämpften Krügelparagraphen der Seemannsordnung.

Einen billigen Geschäftstanz

hat der Reisende Louis Krüger in einer Weise zustande gebracht, die eine Anklage wegen Betruges zur Folge gehabt hat. Im Mai dieses Jahres hörte der Angeklagte, der aller Mittel entblüht war, von einem Bekannten, daß der Zigarettenfabrikant Ködel eine Filiale verkaufen wollte. Er sahte den Plan, sich auf irgendeine Weise in den Besitz des Geschäftes beziehungsweise der in diesem enthaltenen Waren zu setzen. Zu diesem Zweck begab er sich zu einem Gastwirt Lange in Rixdorf, der ihm erzählt hatte, daß er einen Depotschein über 3800 Mark gegen eine Brauerei ausgelegt, den Prozeß aber verloren hatte. Um sich in den Besitz dieses völlig wertlosen Scheines zu setzen, brachte der Angeklagte einen gewissen Grundschuß mit, den er als Gerichtsschreiber ausgab. Unter dem Vorgeben, dieser werde infolge seiner vorzüglichen juristischen Kenntnisse den Depotschein doch noch auslösen können, gelang es dem Angeklagten, den Gastwirt zur Herausgabe des Scheines zu veranlassen. Am nächsten Tage ging Kr. dann zu dem Zigarettenfabrikanten und erklärte die Filiale kaufen zu wollen, wenn dieser den Depotschein in Zahlung nehmen würde. Der Kaufvertrag war schon so gut wie abgeschlossen, als es dem Verkäufer einfiel, sich doch erst einmal näher über den Wert des Depotscheines zu erkundigen. Er ließ den Angeklagten ahnungslos in der Filiale zurück und fuhr nach der betreffenden Kanzl. wo er erfuhr, daß der Schein völlig wertlos war. Er eilte sofort nach dem Geschäft zurück und fand die Tür verschlossen. Rummelnd erst kam er zu dem Erkenntnis, daß er einem Schwindler zum Opfer gefallen war. Der Angeklagte hatte die Zeit, in welcher der Fabrikant nach der Wank gefahren war, dazu benutzt, um fast das ganze Geschäft auszuräumen. — Vor Gericht beirrit der Angeklagte trotz dieses Sachverhaltes jede Schuld. Die Strafkammer erkannte mit Rücksicht auf die raffinierte Ausführung des Betruges auf 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

Aus der Frauenbewegung.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Weißensee, Montag, den 27. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Content, Lehrstraße 64a Friedrichstraße: Lesabend.

Stellung für den Attentäter, und es fanden stürmische, massenhaft besuchte Protestversammlungen gegen die Auslieferung statt. Die Regierung, die Frankreich noch nicht an die Kommissar ver-luppelt hatte, zögerte, denn auch ein großer Teil der Kammer war einer Auslieferung nicht auf gefinnt. Der russische Gesandte Mohrenheim arbeitete gemeinsam mit Andreux, der russischen Lohn erwartete; beide hatten die Kräfte schon nach dem Opfer ausgebreitet. So war das Ministerium auf eine harte Probe gestellt. Die Reaktionen, denen die Auslieferung der entflohenen Kommunehüupter Anno 1871 für das Blutsfeld von Satory verweigert wurde, verdrängten deshalb nun der Regierung ein Bein zu stellen; hoffend, sie zu stürzen, förderten sie aus Rache heimlich die Bewegung für Hartmann.

Es bildete sich ein Aktionskomitee, das den Petitionssturm organisierte. Auch mit war eine Straße meines Quartiers zugeweiht. In kurzer Zeit hatte ich die Unterschrift des größten Teiles der Bewohner; nur wenige hatten sich zu unterzeichnen geweigert. Wäre die Begeisterung für Hartmann eine weniger gewaltige gewesen, ich hätte mit meinem Kauderwelsch den Erfolg sicherlich nicht erreicht. Ich war einer der ersten, der seine Wogen an die Zentrale abließerte, und war nicht wenig stolz, meinen Fleiß belobt zu sehen. Die meisten meiner deutschen Genossen stellten sich mir in den Dienst der Sache.

Drei lange, bange Wochen dauerte die Dast. Mit jedem Tage wuchs die Erregung über die Ungewißheit des Schicksals des Gefangenen. Es begannen sich auch ausländische Einflüsse geltend zu machen. Dem alten Dolmetsch Freydenel, der an der Spitze des Ministeriums stand, war die Affäre, die seine Zirkel störte, in der Seele unüber; er wollte den Vogel um jeden Preis los sein, er verwarf die den ihm untergebenen intriganten Andreux, der ihm diese böse Suppe eingebracht hatte. Schließlich fand der Staatsanwalt, jedenfalls einem sorten Wind von oben folgend, den rechten Weg, dem Ministerium dem schmerzenden Nagel aus dem Fuße zu ziehen. Er begründete nämlich, daß der gefangene Hartmann der echte sei und ließ ihn in einer späten Abendstunde an die Grenze bringen, von wo er am anderen Morgen durch ein englisches Schiff nach England gebracht wurde. Das war in ganz Paris, in Frankreich und selbstverständlich auch bei uns, die wir so lebhaften Anteil an dem Falle nahmen, ein freudentog.

Andreux' Stellung war untergraben; zum Minister — nach welchem Posten er strebte — hatte er es durch seine russische Liebedienerei nicht gebracht. Dafür rächte er sich durch Herausgabe seiner Memoiren, in denen er unter anderem auch diesen Fall eingehend besprach und sich zu rechtfertigen suchte. Daß er nicht darin infolge meines Eingreifens der deutschen Polizei denunzierte, sei nur nebenbei bemerkt. Er ist alsbald in der Verfertigung ver-schwunden.

Vermischtes.

Singericht.

Grete Weier, die Tochter des früheren Bürgermeisters von Grand, ist gestern früh um 6 1/2 Uhr auf dem Gefängnishofe des Landgerichtsgebäudes in Freiberg in Sachsen durch den sächsischen Schöffengerichtspräsidenten aus Hohenstein enthauptet worden. Der König von Sachsen, der sich zurzeit auf einer Nordlandreise befindet, hat, obwohl alle Geschworenen einstimmig eine Vergnadigung der Mörderin befristeten, von seinem Vergnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht. Die Geschworenen gingen bei ihrer Befürwortung von der Tatsache aus, daß die Angeklagte auf die Bemerkung des Vorsitzenden, ein offenes Geständnis ihrer Tat würde diese in einem milderen Lichte erscheinen lassen, sofort ein Geständnis ablegte und die grausige Tat in allen Einzelheiten zugab. Infolge der Bemerkung des Staatsanwalts hatte sich auch der Verteidiger bei dem Urteil beruhigt und keine Revision eingelegt, weil er unter diesen Umständen der festen Ueberzeugung war, daß der König von dem ihm zustehenden Vergnadigungsrechte keinen Gebrauch machen würde. Als Vertreter des sächsischen Justizministeriums mochte den Schöffengerichtspräsidenten ein Weheimrat bei, und nach zweimaligem Vortrag des Justizministers beim König entschied sich das Schöffengericht für Grete Weier, bevor sich der König zu seiner Reise nach dem Norden rüstete. Trotzdem die Entscheidung also seit etwa einer Woche gefallen war, wurde sie dem Verteidiger der Angeklagten erst in allerletzter Stunde mitgeteilt. Auf seine wiederholten Anfragen bei den zuständigen Stellen wurde ihm jede Auskunft verweigert. Ebenso gab der Oberstaatsanwalt Bernhardt vom Landgerichte Freiberg keinerlei Mitteilung über die damals schon beschlossene Hinrichtung. Die Ankündigung, daß der König von seinem Vergnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe, erfolgte erst vor zwei Tagen durch das amtliche Organ der sächsischen Regierung.

Die Umstände, unter denen die Hinrichtung erfolgte, fordern den schärfsten Protest heraus. Die Behörde hielt es für nötig, nicht weniger als zwei Stunden in der Kasse auszugeben, so daß sich die Hinrichtung zu einem regelrechten Schauspiel gestaltete. Die Massenansammlungen von Eintrittskarten zu einer Hinrichtung dürfte in den Annalen der scharfstrichterlichen Justiz einzig dastehen, da beispielsweise in Preußen selten mehr als zwölf nichtbeamtete Personen Zutritt zu dem schaurigen Akte einer Enthauptung finden.

In Sachsen wurde seit Wiedereinführung der Todesstrafe der Brauch geübt, weibliche Personen nicht hinzurichten. Seit fünfzig Jahren ist Grete Weier die erste, die dem Fallbeil zum Opfer fiel.

Gestern noch auf stolzem Rosse. In Fürtz wurde der städtische Badeverwalter wegen Unregelmäßigkeiten plötzlich seines Amtes enthoben. Der Mann ist gut national und war ein Protektionskind der bürgerlichen Rathsparteien, also kein Sozialdemokrat.

Schneewasser in Obereschlesien. Seit gestern fließt die Oder Hochwasser. In der letzten Nacht stieg der Fluß bei Ratibor um 2,73 Meter. Ratibor meldet weiter Regen. Auch die Quellgebiete der Weichsel haben starkes Hochwasser. Der obereschlesische Gebirgsbezirk Goczalkowiz in der Nähe von Pleß ist vom Verkehr abgeschnitten. Der Verkehr mit den benachbarten österreichischen Gebietsstellen wird durch Nässe aufrecht erhalten. Die Eisenbahndirektion stellte Schutzposten zur Bewachung des Fahrdammes auf.

Siegericher Bierpreis. Dadurch, daß die Einwohnerschaft in dem Grenzstädtchen Braunau am Inn jede Woche ein paarmal in großem Maße mit Musik über die Innbrücke marschierte und sich in der Nachbarstadt Simbach einen Schwips antrauf, hat sie erreicht, daß die Brauereibesitzer die Bierpreisrückbildung wieder rückgängig machten.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dreiter Eingang, vier Treppen, abends 7 Uhr bis 9 Uhr statt. Wochentags 7 Uhr Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Recht und eine Haft als Werkzeuge beizufügen. Geisliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

- D. R. 38. 1. Ja. 2. und 3. Beides. 4. Reineswegs. — Fern. 1. Eine Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg. 2. Sie können auf Zahlung klagen. 3. Social Rollen können entfallen sein. Sie hätten einen Anwalt in Nürnberg mit Ihrer Vertretung beauftragen sollen. — D. R. 34. 1. Die Scherle und die Anhalt in der Richterfrage nimmt Schwangerschaft an. Neben Sie sich an dieselben. 2. Krankenversicherer können abweichen. 3. 250 bis 300 Mark. 4. Das hängt von der Vereinbarung ab. — D. R. 4. 1. No. rullsch, wenn auch nicht gesetzlich, ja. 2. Sie können den Anspruch entgegennehmen. — D. R. 2. Haben-Haben. Der volle Monat muß bezahlt werden. — D. R. 11. Erforderlich ist die Einwilligung des Vormundes und der Mutter, sowie Ihre Erklärung, daß Sie dem außerrechtlichen von Ihnen nicht erzeugten Kinde Ihrer Frau Namen beilegen. Diese Erklärungen können beim Standesbeamten, vor dem Notar oder bei Gericht abgegeben werden. — D. O. 1. Aldershof. Reiz: Warten Sie ruhig das Weitere ab. — D. 10. Jungensgebären gebären zu den Verhältnissen. — D. R. 36. Ja. — D. R. 18. Die Geschwister hatten nicht. Gemeinlich hat die Gemeinde Rügenswalde aufzukommen. — Wertins. Sie sind zur Zahlung verpflichtet, wenn Sie nicht in dem Antrag ausdrücklich erklärt haben, daß der Vertrag erst vom Oktober ab gelten soll. — D. R. 87. 1. und 2. Inwieweit ist die Wetterversicherung. 3. Schließlicher Schaden und Erbschaft. — D. R. 2. Große Franzosenstraße. Reiz. — Ueberzeugung. 1. Leider ja. 2. Strafvollzug wird nicht erfolgen. 3. Sie sind jetzt Diszident. — Genosse. Eine Klage auf Scheidung hätte wenig Aussicht auf Erfolg, wohl aber eine Klage auf Bewählung des Unterhalts. Inwieweit Erwirkung des Klementen wendet sich die Frau zunächst an die Armenkommission oder an den Armenkommissionsvorsteher mit dem Antrage, ihr zu beschreiben, daß sie zur Ertragung der Kosten nicht imstande ist. Diese Beschleunigung überreicht sie dann dem Gericht, legt dar, weshalb und worauf sie klagen will, fahrt die Beweismittel an und beantragt, ihr das Klementen zu bewilligen. — C. R. 1000. 1. u. 2. Reiz. 3. Ja. — D. 66. 1. Der Vertrag ist gültig. 2. Reineswegs; wenn ein Bevollmächtigter das auf Grund seiner Vollmacht Ererbene in seinem Nutzen verwendet, so macht er sich der Unterschlagung schuldig. 3. Legen Sie den Fall näher dar. Die Erbschaftsteuer richtet sich nach dem Grade der Verwandtschaft. — R. 200. Sie würden nur solange, als der übernommene Mietvertrag läuft, an den Vertrag gebunden sein. Also soweit erchtlich, bis zum Oktober. — 100. Reiz. — D. C. 50. Koppentstraße 24. Bei R. Schröder ist die Geschäftsstelle des Turnvereins „Fichte“. — 50. Reiz.

Antlicher Marktbericht der sächsischen Reichshandels-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttage: Freitag: Zulufz gemäßig, Geschäft schleppend, Preise für Rindfleisch unverändert, sonst abnehmend. Wild: Zulufz nicht genügend, Geschäft flau, Preise unverändert. Geflügel: Zulufz genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise abnehmend. Fisch: Zulufz genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemälde, Obst und Sädfrüchte: Zulufz genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am 22. 7.	am 21. 7.	Wasserstand	am 22. 7.	am 21. 7.
Remsl. Mühl	105	+2	Saale, Großsch.	227	+79
Bregel, Unterlung	-21	+2	Saale, Sandau	50	+2
Witzschel, Horn	58	-10	Saale, Hahnenw.	80	+1
Oder, Ratibor	862	+154	Spree, Brandenburg	68	0
„ „ „ „	70	-1	„ „ „	31	-1
„ „ „ „	86	-3	„ „ „	-7	+4
„ „ „ „	21	+11	„ „ „	-1	+1
„ „ „ „	4	+3	Rhein, Maximilians	546	+82
„ „ „ „	-8	-5	„ „ „	238	+21
„ „ „ „	-79	-9	„ „ „	218	+15
„ „ „ „	-186	+4	„ „ „	185	+80
„ „ „ „	67	+16	„ „ „	108	+1
„ „ „ „	62	+13	„ „ „	21	+4

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — r. Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung ist die Ober bei Ratibor bis heute morgen schon auf 535 Zentimeter gestiegen und steigt dort, ebenso wie bei Ditz, noch weiter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 24. Juli.
Neues (Kgl. Operntheater, La Traviata. (Anfang 7 1/2 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Wittigkisten.
Neues Schauspielhaus. Die Dolmetscherin.

Kleines. Die blaue Maus.
Wochen. Ein Walzenträum.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die weiße Dame.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Die Diebin.
Thalia. Der Mann mit dem Rosenkranz.

Bernhard Rose. Das Geheimnis von New York.
Metropol. Das muß man sehen.
Wintergarten. Spezialitäten.

Wipola. London Suburbia. Spezialitäten.
Wohlg. Berlin in Stimmung. Spezialitäten.

Berliner Prater. Die Welt ein Paradies. Anfang 7 Uhr.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Winter-Tymian.
Walhalla. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr: Die Mosellande und ihr Weinbau.
Sternwarte. Spezialitäten. 57/52.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Maria-Ober.
Freitag, abends 8 Uhr: Schauspiel Heinrich Büchel: Die weiße Dame.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Undine.
Sonntag, nachm. 3 Uhr, bei halben Preisen: Carmen.

Sonntag, abends 8 Uhr: Schauspiel Heinrich Büchel: Der Postillon von Lonjumeau.

Kleines Theater.
Freitag, den 24. Juli, Anfang 8 Uhr:
2 mal 2 = 5.

Sonnabend: 2 mal 2 = 5.
Sonntag: 2 mal 2 = 5.
Montag: 2 mal 2 = 5.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Ein Walzertraum.
Operette von Edgar Strauß.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. 8 Uhr. Sommerpielzeit. Leitung v. O. Vah.
Freitag, den 24. Juli:

Die Diebin. (Leah Kleschna.) Sensations-Schauspiel in 4 Akten von G. R. & R. Lehmann.
Sonnabend: Die Diebin.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Die blaue Maus.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurter Str. 132.
Das Geheimnis v. New York
Anf. 8 Uhr. Sommerpreise.
Auf der Gastenbühne:
Anfang 4 1/2 Uhr.
Theatervorstellung. Spezialitäten.

Metropol-Theater
Zum 309. Male:
Das muß man seh'n.
Revue in 12 Bildern mit Ges. und Tanz.
Anfang 8 Uhr. Stauschen gestattet.

Apollo Theater
Ein Bomben-Lachserfolg.
10 Uhr! 10 Uhr!

London Suburbia.
Szenen aus Londons Vorstädten.
Große englische Burlesk-Parodie in 2 Akten, angeführt von Bert Bernards Original-Kompanie.
Vorher 8 Uhr: Die tollsten Attraktionen u. Die süßen Geisellen.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Hill. Oranienstr. 10
1/10: Der Reichtum des Arbeiters.
Vorher das große Spezialitäten-Programm!

Karl Cook, der Unförmliche, prolongiert.
Fredo Seyband, Bertrambl.-Schauspiel.
Anf. 6 Uhr. Kollektive 3-6 Uhr.
Sonnab.: Extra-Vorh.: Das Forsthaus.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal-Tor.
Spezialitäten-Vorh. im Garten.
Bei schönem Wetter i. Theater.
Neues Programm.
Anf. der Vorh. 8 Uhr. Anf. des Gartentanz. 7 Uhr. Kleine Preise.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Die Mosellande und ihr Weinbau.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich:
Gr. Militär-Doppel-Konzert
Eintritt 1 M.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Passage-Panoptikum.
Ohne Extra-Entree.
Der Riese aller Riesen
Pisjakoff
Eintritt 50 Pf.
Kinder, Soldaten 25 Pf.

Zentral-Verband deutscher Brauerei-Arbeiter

Berlin, Sektion II.
Sonnabend, 25. Juli, in der Brauerei Friedrichshain:
Gr. Sommerfest.

Garten-Konzert ausgef. v. Neuen Berliner Konzert-Orchester, Dir. Herr Rud. Vietz.
Volkssänger-Gesellschaft Hugo Anke.
Kinematograph x Kinderpolonäse. (Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis.)

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr an geöffnet!
Von 9 Uhr ab im großen Saale: Ball.
Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Billetts 25 Pf.
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Komitee.

Neue Welt.

Hasenheide 108-114.
Täglich:
Doppel-Konzert
und
Vorstellung.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Heute:
Mr.
Gadbin II.
tollkühner Kantsprung aus der 6. Etage.

Franz Boche

im Alter von 63 Jahren. 37412
Um dieses Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Anna Boche geb. Hagen
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilgigen Friedhofes, Pappelallee 15-17 aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den
1. Berliner Reichstagswahlkreis
(Hans-Bierel).

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unter Genosse, der Schneidermeister
Franz Boche

im Alter von 62 Jahren plötzlich am Herzschlag gestorben ist.
Seine Hinterbliebenen:
Seine Frau, geb. Hagen,
seine Kinder,
bitten um zahlreiche Beteiligung ersucht
208/6 Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Freiwilgigen Gemeinde, Pappelallee, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
208/6 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zement-Branchen.
Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unter Kollegen
Adolf Kube

am 15. Juli im Alter von 57 Jahren plötzlich am Herzschlag verstorben ist.
Seine Hinterbliebenen:
Seine Frau, geb. Hagen,
bitten um zahlreiche Beteiligung ersucht
188/10 Der Sektionsvorstand.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders
Ernst Ast

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Sportgenossen und Genossen des Berliner Arbeiter-Radsport-Vereins, dem Gesangsverein des Berliner Arbeiter-Radsport-Vereins, den Genossen des 4. Berliner Radklubs, dem Verband der Postkinder, dem Sportverein "Goldgrube" sowie seinen Arbeitskollegen für die zahlreiche Beteiligung und reichen Krangspenden unseren herzlichsten Dank.
37412

Familie G. Ast.

Dankfagung.
Allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Selas-Verpackung und dem Metallarbeiter-Verband, die unserem lieben Sohne und Bruder die letzte Ehre erwiesen haben, den besten Dank.
37432

Familie Wittenberg.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die Krangspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders
Robert Leopold

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere seinen Kollegen der Firma Hugo Hartmann unseren herzlichsten Dank.
Gebrüder Leopold.
Fraulein Haberland als Braut

Dankfagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Onkels
August Kerst

sagen allen Bekannten, den Kollegen der H. C. G. Brunnentrale, sowie dem Verband der Schmiede, herzlichste Dank, meinen herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe Alma Kerst
nebst Vater. 37402

Arbeiter-Sänger-Bund

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 2. August,

im

Schloß Weißensee:

17. Sänger-Fest.

200 Gesangvereine.

Massenchöre Leitung: Hr. Einzelchöre
Sänger-Festzug. Doppel-Konzert.

Feuerwerk

Von 4 Uhr ab in beiden Sälen:

Tanz

gegen Nachzahlung von 50 Pf.

Die Kaffeeküchen sind von früh 8 Uhr bis abends 6 Uhr geöffnet.

Billetts im Vorverkauf a 20 Pfennig, an der Kasse 30 Pfennig.
Festheit mit Programm an der Kontrolle gratis.

Anfang früh 8 Uhr.

Straßenbahnverbindungen

**Sozialdemokrat. Kreis-Wahlverein
Potsdam-Spandau-Osthavelland.**

Sonntag, den 23. August, mittags 12 Uhr, im Saale
des Herrn Papproth in Kremmen:

Kreis-Generalsammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Das neue Vereinsgesetz und die Organisa-
tion der Frauen. 3. Stellungnahme zum Parteitag und zur Provinz-
Konferenz. 4. Entwürfe. 5. Wahl der Delegierten und des Vorstandes.
Hierzu ladet ein
3. A.: August Paris,
Belten, Ruffenstraße 17,
269/12

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filliale Berlin.
Sente, Freitag, 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
Engelufer 15 (Saal 1):

Bauvertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Otto Berg über: Die Alkoholfrage. 2. Die
Situation im Berufs. 3. Verschiedenes. 192/17
In Anbetracht des wichtigen Vortrages und der Tagesordnung
im besonderen ist es notwendig, daß jeder Bau vertreten ist.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sente Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Branche der Jalousie-Arbeiter.
Sonnabend, den 25. Juli 1908:

**Großes Sommerfest
und
Sommernachts-Ball**

in A. Bookers Festsälen,
Weberstraße 17. 87/10

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1):

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtverordneten Dupont. 2. Branchen-Angelegen-
heiten. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Branchenleitung.

Gr. Dampferpartie mit Musik nach Voigts Kraampenburg

gegenüber Schmüdowitz.
Sspiele und Belustigungen aller Art im Freien.
Während derselben B A L L in den geräumigen Sälen.
Aufstieg eines lenkbaren Luftballons vom See aus
und andere Ueberraschungen.
Abfahrt morgens 7 Uhr von der Jannowitzbrücke, Anlegestelle der Stern-
gesellschaft. Rückfahrt abends 8 Uhr. Fahrpreis pro Person hin und zurück
inklusive Tanz und Teilnahme an allen Belustigungen 75 Pf., Kinder
über 6 Jahre 50 Pf.
Billets sind jederzeit im Verkehrslokal bei Sieberstein, Adalbertstr. 59,
zu haben. Dieselben sind auch durch alle Werkstätt-Vertrauensleute zu
beziehen.
Das Vergnügungskomitee.

Treppengeländer-Branche.

Montag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, bei A. Becker,
Weberstraße 17:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Jede Werkstätt sowie jede Branche muß vertreten sein.
Die Kommission.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“

zu Berlin. E. G. m. b. H.
Sonntag, den 26. Juli 1908, vormittags 9 1/2 Uhr:

6. ordentliche General-Versammlung

in den Rittersälen, SW. Ritterstraße 75.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst
Gewinn- und Verlustrechnung. 2. Bericht der Revisoren und Genehmigung
der Bilanz, sowie Beschlußfassung über die Verteilung des Gewinnes oder
Verlustes. 3. Neuwahlen des Vorstandes. 4. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat.
5. Antrag des Vorstandes betr. Grundstücksangelegenheiten. 6. Verschiedenes.
Genossen! Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines
jeden, bestimmt zu erscheinen!
Niemand darf fehlen!! Nur Mitglieder haben Zutritt!!
Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß!
Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäftsstelle
SO., Kottbuser Ufer 44, Hof r. I links
in den Rittersälen (vormittags 8-10 und nachmittags 4 1/2-7 Uhr)
einzusehen. 106/15
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet!
Der Vorstand.
Otto Oppendorf. P. Müller. G. Dörner.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

SO. 16, Michaelstraße 1, vorn part.

Achtung! Herrenkonfektion! Achtung!

Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Werkstatt- u. Heimarbeiter

im Restaurant von Schulz, Am Königsgraben 14.
Tagesordnung: Die gegenwärtige Krise und das Verhalten
der Arbeitgeber in der Berliner Herrenkonfektion.
Insbesondere sind eingeladen die Kollegen der Firmen: Adalbert
Ziller, Bender u. Gattmann, Eohn u. Gerschlowitz, L. Glöckner,
Koch, Weber u. Dyckhoff, Beck u. Cloppenburg, Feinweber
und Julius Lindemann.
Zahlreiches Besuch erwünscht. 103/13
Die Kommission.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin.

Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöckner, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein**

Wichtiges des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
Solidarität.

Touren

zum Sonntag, den 26. Juli.
1. bis 5. Abt. früh 6 Uhr: Bernsdorf. Nachm. 1 Uhr: Schwabbe
(Witte).
6. bis 10. Abt. früh 6 Uhr: Rehlitz
(Römerchänge). Nachm. 1 Uhr:
Pichelsmerder (Freund).
Sämtliche Abteilungen von ihren
Starts.

11. Abt. Donnerstag, den 30. Juli,
vorm. 10 Uhr, nach Radersdorf.
Start: Verbandshaus, Große Ham-
burger Straße 18/19.
Bankow-Schönhausen früh 6 Uhr
nach Senzig. Start: Röhlenstraße
(Bahndrücke).
Nichtenberg früh 5 Uhr: Freiten-
walde. Start: Hartzstraße 74. [12/13

**Billigste Bezugsquelle für
Hygienische
Bedarfs-Artikel**

Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
Ein Versuch
führt zu dauernder Kundenschaft.

**Suche Fabrikations-Rezept
oder Erfindung**

zum Betrieb in der Schweiz sofort
bar zu kaufen. 213/2*
S. 4052 Lz an Haasenstein
& Vogler, Luzern (Schweiz).

**Eine Arbeiter-Produktiv-
Genossenschaft sucht eine
Hypothek von 6000 Mark**

auf ein neuverkauftes Grundstück an
weiterer Stelle, weil unter der
Brandkasse. Die Hypothek ist
mündelicher. 6685*
Geneigte Offerten unter O. 1 an
die Expedition des „Vorwärts“ erbeten.

**Hühner, Enten, Tauben,
ig. Gänse empfiehlt reich und billigst
Dequert, Berlin SO, Mariannenstr. 64**

**Reichtes Teilzahl-Geschäft
für
Brennabor-Räder!**

Kein Laden!
Günstigste
Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a, pl.

**Dankelmannstr. 23, Horstweg 25
am Kaiserdommu. Karl Friedrichstr. 103,
Charlitz, bill. 2-5 Zimmer-Wohnung,
m. Warmwasser, sofort bezieh., ohne
Miete bis Oktober zu vermieten.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zement-Branche.

Montag, den 27. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15,
großer Saal:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1908. 2. Endgültige Beschlußfassung über unsere Stellung zur
Kffordarbeit. 3. Situationsbericht. 4. Verschiedenes. 138/18*
Der wichtigen Tages-Ordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu dieser
Versammlung zu erscheinen. Der Sektionsvorstand.

„Flora“

Spandau, Pichelsdorfer Str. 39.
Sonntags
Anfang 3 Uhr: **Gr. Ball.**
Familien können Kaffee locken!
Tel.: Spandau 53. E. Koepnick.

Alte Gastwirtschaft

im Oberbruch veräußert. Preis
27 000 M., Anzahlung 9000 M. Cif.
unt. N. I an die Exped. d. „Vorw.“.

H. Joseph & Co.

Berliner Str. 54/55 **Rixdorf** Berliner Str. 54/55

Nur kurze Zeit

von **Freitag, den 24. d. Mts.** ab

Doppelte Rabattmarken

auf sämtliche Artikel.

Auf Lebensmittel den üblichen Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 26. Juli, veranstaltet der „Süden“ des Kreises einen Familienausflug nach Grünau. Treffpunkt 8 Uhr am Götlicher Bahnhof; Abfahrt pünktlich 8.25. Die Genossen der anderen Teile des Kreises werden ebenfalls gebeten, sich zahlreich zu beteiligen. Die Vergnügungskommission.

Steglitz-Groß-Lichterfelde. Den Parteigenossen zur vorläufigen Kenntnisnahme, daß die Gewerkschaften und Wahlvereine von Steglitz und Groß-Lichterfelde am 16. August im „Vorkriegswaldchen“ ein größeres Volksfest abzuhalten gedenken.

Mühlend. (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr findet im Gasthof zur Sonne (Inhaber A. Vösch) die Monatsversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Denker (Waidmannslust): „Warum organisieren wir uns.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Genossen von Schildow und Blankensee sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. Admarich der Nieder-Schönhauser Genossen pünktlich um 2 Uhr von Bratvogel, Nordend.

Spandau. Der Wahlverein Spandau hält am Sonnabend, den 25. Juli ein Sommernachtsfest, das mit Dampferfahrt verbunden ist, beim „Alten Freund“ in Pichelswerder ab. Der Eintrittspreis ist auf 80 Pf. pro Person mit Dampferfahrt bemessen. Abfahrt der Dampfer mit Musik von der Chorloitenbrücke (Spandau) nach Pichelswerder um 7 1/2, 8 1/2 und 9 1/2 Uhr. Für die Rückfahrt sind die besten Vorkehrungen getroffen.

Auch Berliner Parteigenossen sind herzlich willkommen. Das Komitee.

Berliner Nachrichten.

Entschwundene Berliner Hofidylle.

Rivellierendes Prinzip der Großstadt! Unter diesem Schlagwort steht die moderne bauliche Entwicklung Groß-Berlins. Reichlich die Hälfte der gesamten Berliner Bodenfläche ist in den letzten drei Jahrzehnten bewegt worden, eine Leistung, die für die Entwicklung einer Großstadt von erheblicher Bedeutung sein muß. Was unsere Ahnen hoch in Ehren hielten, woran sie sich pietätvoll festklammerten, das vernichteten rücksichtslos die Nachkommen. Ganze Häuserviertel, in denen Generationen gelebt und gewohnt hatten, sanken in Trümmer. Straßen und Plätze, die in ihrer Art den alten Berlinern heilig waren, streiften das verschliffene Gewand ab, ließen sich schmücken von den prächtlichen Stadtvätern. Wo an der Reichbildgrenze noch eine blumige Wiege, ein wogendes Kornfeld die Herzen erfreut, zeigt gar bald Moloch Baupespekulation die Allmacht roten Goldes. Verkehrsinteressen, hygienische und soziale Fragen werfen tausend alte Anschauungen und Gewohnheiten mit einem Federstrich über den Haufen. Wie ein Vogel Phönix steigt überraschend schnell Groß-Berlin mit glänzendem Gefieder aus begrabenen Erinnerungen empor.

Und auch hinter Straßen und Häusern räumt moderne Bauweise aus dem Wege, woran Generationen sich nicht scheuen. Welch ein Hauch von Poesie wehte über diesen alten Berliner Höfen! Wo sind sie geblieben, diese liebsten Erinnerungen unserer eigenen Kindheit? Trauliche, idyllische Bilder steigen vor uns auf. Eng und schmußig — diese Präbikate kamen den allerwenigsten Höfen zu. Selbst im alten und ältesten Berlin gab es zahlreiche Höfe, die dem Auge eine Freude waren. Ein Stück Garten mit hohen Kastanien und duftenden Linden dicht am Vorderhaufe, neben den Seitenflügeln oder im weiten Hintergrunde. Und wo das Grundstück zu geringe Tiefe hatte, da stand sicher unter schattigem Kastanienbaum oder vor ein paar Fliedersträuchern eine grügestrichene Bank mit rundem Tisch, der abendliche Versammlungsort der Väter und Mütter des Hauses nach des Tages geschäftiger Arbeit. Ringsum spielten im Sande, zwischen holperigem Steinpflaster, die Kleinen, nach der Straße mit ihrem Gefahren sich gar nicht sehend. Und auf dem Haukloß, diesem längst austrangierten Inventar, das auf keinem Berliner Hofe fehlen durfte, entlodte irgendein musikalischer Hausgenosse der unermüdlichen Ziehorgel harmonische Töne. Dann fuhr es wohl den herzigen Menschenkindern, die da im Hintergrund der grügestrichenen Bank geplaudert hatten von Glaube und Liebe und Hoffnung, pridelnd durch die jugendlichen Glieder, und ohne Hieren drehen sie sich über ihren alten lieben Hof im Tanze. Solche idyllischen altberliner Höfe sind selbst im innersten Berlin nur noch verhältnismäßig selten zu finden. Und auch auf diesen wenigen Resten einer besseren Zeit ist ihr einstiger gemütlicher und gemütvoller Typus arg ins Wanken geraten. Fast sie alle, die allabendlich auf der grügestrichenen Bank am runden Tisch rings um die Vellampe saßen, sind zu den Vätern heimgegangen. Kinder und Kindeskinde, die im Kampf ums tägliche Brot kaum Zeit haben, die Poesie ihrer Geburtsstätte zu würdigen, haben den Zug ins Moderne mitmachen müssen. Nur ein paar silberhaarige Alte sind seufzend geblieben. Klug und doch so traurig blicken sie aus blindgewordenen Fenstern halbverfallener Häuserchen in die komische neue Welt.

Vor einigen Jahrzehnten setzte mit der neuen Bauweise auch die gründliche Umgestaltung der Berliner Höfe ein. Der moderne Hauswirt, der nur auf das Praktische und Einträglichkeit sieht, nahm den Höfen ihren alten freundlichen Charakter äußerlich und innerlich fast bis auf den letzten Rest. Alles, was nicht für den Hof unerlässlich nötig war, verschwand. Die runden Holpersteine mit den Grassbüscheln dazwischen wichen dem glatten, kalten Asphalt, die wohlriechende „Müllkute“, in der Hüner und Raben konfieren gingen, wurde durch „staubfreie“ Blechkästen ersetzt, den Brunnen machte die Wasserleitung so gut wie überflüssig, Bäume und Sträucher fielen unter der unerbittlichen Art. Nur die Leppichlopfstange blieb und hier und da wohl auch der Haukloß. Rüdtern und Kohl liegt der Hof vor dem naturhungrigen Auge des Großstadtbewohners, kalt und grau wie der Asphalt vorn auf der Straße. Und was bisher vielleicht das allerhöchste war — auch das fröhliche Kinderlachen, das Kinderpiel auf dem Hofe erstarb langsam. Das Kind mit seinem harmlosesten Spiel wurde vom Hofe, wo es das Ruhebedürfnis des nervösen Hausobersten störte, auf die gefährbringende Straße verbannt. Unseren Kindern ist der Hof als Spielplatz wohl für immer versperrt, bis auf die wenigen „Renommiertagen“ im Jahre, wo der Hauswirt sich die Erlaubnis zu dem beliebten „Goffest“ abringen läßt.

Es nützte nichts, daß sich die naturliebenden Berliner gegen die neue Wandlung auflehnten. Wollte man ihnen doch selbst das Blumenbrett am Fenster der Hinterwohnung nehmen, den einzigen sonnigen Richtblick in ein bißchen grünende, blühende Natur. Leider nur sehr wenige Berliner Hauswirte haben die starre Hofwelt verschönt mit Blättern und Blüten. Und wo wirklich neben dem Asphalt so ein Stück Rasenfläche mit dürftigen Blumenbeeten, mit Muscheln und einer Glaskugel pranzt, muß der Hinterhausbewohner den schmalen Ausguck auf Mutter Natur mit mindestens zehn Prozent Mietsaufschlag bezahlen. Glücklicherweise hat alles in der Welt seine zwei Seiten. Nichts ist so häßlich, daß nicht auch ein Körnchen Gutes hervorsteht. Solche Ausstreibungen von engbegrenzter Scholle erweitern den Gesichtskreis der davon Betroffenen, regen dazu an, sich noch Schöneres zu schaffen, als sie es verloren haben. Es ist nicht zuviel gesagt, daß unsere idyllischen Laubenkolonien so recht erst gerade dadurch in Schwung und Blüte kamen, daß der Hausbewohner seinen Kohl nicht mehr in einem stillen Gartenwinkel des Hofes bauen durfte. Und als wertvolle Folge des verbotenen Kinderspiels auf dem Hofe muß man schließlich auch die vielen neugeschaffenen Parkanlagen und öffentlichen Kinderspielplätze betrachten, die dem Kinde sicher mehr Bewegung, mehr Licht und Luft vergönnen als der immer stark beengte Hof.

Die steigende Benutzung der städtischen Volksbibliotheken, deren es jetzt 28 gibt, illustrieren folgende Zahlen: Es wurden verließen 1897: 800 853 Bände und 1907 schon 1 524 876 Bände, das heißt 924 023 Bände mehr als vor 10 Jahren. Gegen das Jahr 1906 ist die Zahl der nach Hause verlassenen Bücher um 106 888 gestiegen. Die 20. Volksbibliothek auf dem Wedding (Ravenstraße), die bei einem Bücherbestande von rund 11 000 Bänden mehr als 100 000 Bücher verließen hat, steht an erster Stelle. Es ist eine für eine deutsche Volksbibliothek ganz ungewöhnliche Erscheinung, daß im Durchschnitt jedes vorhandene Buch 15 mal im Jahre verließen worden ist. Diese Bibliothek hat im Jahre 1907 1400 neue Leser aufgenommen, 106 560 Lektionen und 800 Kataloge verkauft. Bei diesem lebhaften Betriebe ist es leider nicht zu vermeiden gewesen, daß die Leser miteinander nicht geduldet eine Stunde auf Abfertigung zu warten hatten. Oft warteten 50 Leser zugleich auf Abfertigung, und an manchen Abenden sind über 800 Bücher umgetauscht worden. Um diesem Uebelstande in der Abfertigung abzuwehren, wird diese Bibliothek jetzt seit schon um 4 Uhr statt um 6 Uhr geöffnet.

Ein Tarifsurisum, das den meisten Berlinern nicht bekannt sein dürfte, gibt es auf der Kleinbahn Reinickendorf-Liebenwalde-Gr.-Schönebeck. Diese direkt nach dem schönsten Teile der Warf (Riepnitz-Wandlich-See etc.) führende Kleinbahn verabfolgt sogenannte „Sonntagskarten“ zu ermäßigten Preisen. Diese billigeren Sonntagskarten werden aber auch Donnerstags ausgegeben, während sie an den übrigen Tagen keine Gültigkeit haben. Von der Existenz dieser billigen Fahrkarten haben sehr viele Fahrgäste keine Ahnung. Sie verlangen eine „Fahrkarte“ und bezahlen dann ahnungslos den viel höheren Fahrpreis, während sie für dasselbe Geld eine Sonntagskarte, die auch zur Rückfahrt berechtigt, also eine „Rückfahrkarte“ ist, hätten benutzen können. Demerksenswert ist noch, daß diese „Sonntagskarten“, die auch Donnerstags gelten, nur auf dem Bahnhof in Reinickendorf-Rosenfeld auszugeben werden. Auf den anderen Bahnhöfen Blankensee, Schildow usw. sind sie unbekannt. Die Fahrgäste, die von diesen Bahnhöfen abfahren, müssen fast die doppelten Fahrpreise bezahlen.

Ein neuer Militär-Übungsplatz. Die Militärverwaltung hat sich ein 2000 Morgen großes Gelände bei Eggdorf im Zeltower Kreise gesichert. Der Kaufpreis beträgt rund eine Million Mark und verteilt sich auf 26 Bezüge. Das Gelände ist vorbestimmlich der Zustimmung des Reichstages erworben worden und soll zum April 1910 gerichtlich aufgegeben werden. Auch die Auszahlung des Kaufpreises erfolgt erst zu diesem Termin, jedoch werden den Verkäufern die auf sie entfallenen Beiträge vom 1. April 1909 an verzinst. — Der neue Militär-Übungsplatz soll lediglich großen Truppenübungen, nicht aber Schießübungen dienen. — Auch für ein großes Militär-Lager ist die Gegend Eggdorf-Leupitz in Aussicht genommen. Es ist beabsichtigt, an der Militärbahn Jossen-Berlin ein Gleise nach Eggdorf abzuzweigen. Ferner hat sich die Militärverwaltung in der Gemarkung Jagdenbrück große Gelände gesichert und das ganze Dorf Jehrensdorf angekauft, welches an dem Übungslande anstößt. Zur späteren Vergrößerung des neuen Militärplatzes hat sich das Kriegsministerium das Vorkaufrecht für Waldgelände des Fürsten Solms-Baruth zwischen Nadeland und Dornwalde gesichert.

Ein schwerer Betriebsunfall bei der Firma A. Vorfis in Zegel, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich am Mittwoch, den 22. d. Mts., gegen 2 Uhr nachmittags. Dem 17 Jahre alten Lehrling Bruno Winkel wurde von einem im Kran hängenden Kompressor der Schädel zertrümmert, daß der Tod kurz darauf eintrat. Es muß wiederum die Frage aufgeworfen werden, weshalb sorgt die Werkstatteleitung nicht dafür, daß bei Beförderung schwerer Maschinen die Wege frei sind, damit so schwere Gegenstände nicht über die Köpfe der Menschen, im Kran frei hängend, transportiert werden.

Russische Waisenfinder in Berlin. Am gestrigen Tage kam wiederum eine Anzahl Opfer der letzten russischen Pogrome in Berlin an. Zehn Knaben und sieben Mädchen im Alter von 3 bis 11 Jahren — nur ein Knabe ist 16 Jahre alt — trafen in direkter Fahrt aus Odessa über Alexandrow auf dem Bahnhof Friedrichstraße hier ein. Zwei russische Damen führten die kleine Karawane. Die Kinder sind samt und sonders elternlos; entweder haben sie bei den russischen Massakern beide Eltern verloren oder sie hatten nur noch Mutter oder Vater zur Zeit der Pogrome, und diese letzte Stütze ist ihnen alsdann durch Mord entzogen worden. Von einem Mädchen lebt freilich noch die Mutter. Sie ist aber infolge des Pogroms wahrscheinlich geworden. Der Hilfsverein der deutschen Juden und der Großloge für Deutschland hat sich der Kinder angenommen.

Dampferpartie mit Hindernissen. Bei den Dampferfahrten, die jetzt massenhaft nach der herrlichen, wasserreichen Umgebung Berlins veranstaltet werden, ist noch recht vieles nicht in Ordnung. Dieser Tage — so schreibt und eine Leserin — benutzte ich von der Weidenammer Brücke aus einen Steerdampfer zur Fahrt nach dem schönen Havelstädtchen-Verder. Die Tour dauert, wenn alles klappt, mehr als 4 Stunden. Trotz dieser langen Fahrtdauer konnte ich als Abstinentin auf dem Dampfer nicht mal eine Flasche Seltzerwasser aufstreiben. Auch andere Damen, die sich nicht mit eigenen trinkbaren Vorräten ausgerüstet hatten, litten empfindlich unter diesem Mangel. Die Rückfahrt dauerte gar 5 1/2 Stunden! Vor der Eisenbahndrehbrücke bei Spandau lagen wir fast eine halbe Stunde fest, da mehrere Wätere durchgepöblert. Auch an der Chorloitenburger Schleufe entstand unerwarteter Zeitverlust wegen des Durchschleusens einer ganzen Anzahl von uns liegender Sprecklöhne. Bei der Ankunft in Berlin erklärte selbst der Kapitän zu einem dort stehenden Strompolizisten, daß solche Hindernisse die Wasserverkehrsverhältnisse der Dreimillionenstadt nicht in das beste Licht stelle. Von mehreren Freunden, die mit von der Partie waren, hörte ich neben bewundernden Ausdrücken von der reiz-

vollen Havelnachtsfahrt auch scharfe Entrüstungsworte über das langweilige Fahren. Einen zur Heiterkeit stimmenden Anblick hatten wir bei der Anlegestelle hinter der Langen Brücke in Potsdam. Hier prangt dicht am Dampfersteig, der unmittelbar ins Lokal führt, eine große Tafel mit folgender Aufschrift: „Ver-einen und Schulen ist der Durchgang durch das Lokal nur dann gestattet, wenn sie etwas verzehren.“ Das „etwas“ klingt wenigstens bescheiden. Man sollte indes der Meinung sein, daß der betreffende Restaurateur kein Recht zu solcher Drohung hat, wenn die Dampferfahrergäste sein Lokal passieren müssen. Die Sterngesellschaft aber hat die Pflicht, eventuell durch eine andere Anlegestelle dafür zu sorgen, daß ihren Fahrgästen solche lächerliche Drohung nicht erst zugemutet wird, noch dazu Schülern, die nicht Ausflüge machen, um Ineipen zu gehen.

Ueber das Fischsterben

äußert sich Dr. Hoffmann, Professor vom Institut für das Gärungs-gewerbe, folgendermaßen: „Die Ursache besteht meines Erachtens in dem Gasgehalt der Moderreste des Flußbodens. Ich konnte an der Hand meteorologischer Zahlen den Nachweis führen, daß ein Sterben der Fische gerade dann auftritt, wenn sich der Luftdruck rauh und stark erniedrigt. In diesem Falle wird nämlich das Gleichgewicht der im Moder absorbierten Gase erheblich gestört; eine große Menge davon wird plötzlich frei, steigt an die Oberfläche und verursacht das Sterben der Fische auf dreifache Weise: Zunächst sind die Gase giftig; die Fische werden hiervon wohl nicht in Mitleid-sterben, aber ihre Widerstandskraft wird verringert. Ferner entziehen diese Gase dem Wasser den Luftsaurestoff, weil sie zum Teil leicht reduzierbarer Natur sind. Endlich werden durch die Gas-bewegung kleine Teilchen fester Stoffe in die Höhe getrieben, welche das Wasser trüben, den Sauerstoff gleichfalls absorbieren, vor allen Dingen aber sich in die Kiemenöffnungen der Fische legen und deren Verschluß hindern. Ich weiß nicht, inwiefern die von manchen Seiten aufgestellte Behauptung gerechtfertigt ist, gemäß welcher der letztgenannte Umstand für das Sterben der Fische am meisten verant-wortlich zu machen sei. Aus den vorstehenden Betrachtungen folgt, daß es nur ein Mittel gibt, das auf solche Weise entstehende Sterben der Fische zu verhindern, und dieses besteht darin, daß man den Boden der Flußläufe zu säubern sucht. Eine solche Säuberung läßt sich mit Hilfe einfacher Vaggonen ausführen. Zwar würden an jenen Stellen, wo ein Vaggon arbeitet, Gase und feste Stoffe leb-haft aufgerührt werden; aber dieses sind nur einzelne lokalisierte Punkte, von welchen sich die Fische mit Leichtigkeit fernhalten können. Ist die Vaggonen vorüber, dann ist die Stelle für die Fische eine Heilung ungefährlich, und es können andere Teile des Flußlaufes gereinigt werden.“

Der ehrwürdige Berliner Kremser dürfte in wenigen Jahren seine Rolle als vollstündigstes Fuhrwerk an der Spree ausgespielt haben. Als „Lorwagen“ war er schon längst zum Ausruhen in der Remise verurteilt. Aber auch sonst ist die echt berlinische Gepflogenheit, mit Kind und Kegel im Kremser über Land zu fahren, auf ein Minimum gesunken. Das liegt hauptsächlich daran, daß andere Verkehrsmittel bevorzugt werden, die billiger sind. Für wenige Nidel, allerdings mit etwas weniger Bequemlichkeit, doch dafür mit sehr erheblicher Zeitersparnis, leistet man sich heute das-selbe Vergnügen nach allen möglichen Ausflugsorten. Selbst größere Vereine und Gesellschaften verzichten zumeist auf den lo-spieligsten Kremser. Sie beladen ganze Eisenbahnwaggons und sind auch hier vollständig unter sich. Die gefährlichste Konkurrenz ist dem Kremser im Motoromnibus entstanden. Solche werden jetzt fast schon für denselben Preis vermietet wie der Kremser. Wer den Vorzug verdient, ist Geschmackssache.

Wozu die Polizei da ist. Seit einigen Tagen sind mehrere Schulpolizei vor dem Lokal Seelowerstr. 15 aufgestellt, um Wäde zu halten. Das Publikum steck die Köpfe zusammen und trägt sich, ob das Lokal unter Polizeiaufsicht steht oder ob da Einbrecher der-lekten. Die Lösung des Rätsels ist sehr einfach. Weil der Inhaber des Lokals infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse nicht die Miete zahlen konnte, hat die Wirtin die Ermittlungsfrage an-gestreckt, außerdem aber das Polizeirevier gebeten, aufzupassen, daß der Lokalinhaber in der Zwischenzeit nicht zieht. Und weil die Polizei glaubt, der Hauswirtin private Hilfe leisten zu müssen, stellt sie Posten. Das ist einfach unerhört. Wie kommt sie dazu, sich in diese privaten Angelegenheiten hineinzuwischen? Wir meinen, die Polizei hätte Besseres zu tun.

Am seiner elfjährigen Tochter vergangen hat sich in trunkenem Zustande der in der Parochialstraße wohnende Bauarbeiter Kalldad. Als seine Frau diesen Vorgang der Polizei melden wollte und nach dem Polizeirevier ging, erhängte sich A. währenddessen am Bett-pfosten.

Ueber fortgesetzten Skandal in der Badeanstalt „Römerbad“, Vorhagen, Sonntagstraße 4, sagen Personen, die dort baden wollen. Die Anstalt hat der Besitzer seinem Sohne übertragen, der dort haust wie der Ochs im Porzellanladen. Fortgesetzt wird über laute Szenen berichtet, die sich zwischen ihm und dem Personal abspielen. Am 21. Juli waren Badende Zeuge eines wüsten Auf-trittes zwischen dem jungen Mann und dem Bademeister. Nach einem scheidlichen Wutgeheul stürzte sich der junge Herr auf den Angestellten und es entstand ein förmlicher Wettkampf, der nur sein Ende fand, bis Badegäste nachdem aus ihrer Zelle kamen und die Kämpfenden trennten. Derartige Vorgänge sollen sich öfter wiederholen. Demnach scheint es sich im vorliegenden Falle um ein recht kompliziertes Herrchen zu handeln.

In einem Krankentransportwagen fuhr gestern früh kurz nach 1/6 Uhr ein Autoomnibus an der Oranienstraßen-Brücke und Luisenauer und geriet über das rechte Hinterrad. Während die zu transportierende Kranke, eine noch junge Frau, mit dem Schrecken davonkam, stieß der sie begleitende Ehemann bei dem Anprall mit dem Arm durch die Scheibe des Wagens und verletzte sich denselben. Erst durch einen anderen telephonisch herbei-gerufenen Krankenwagen konnte nach Umbeladung der Kranken der Transport fortgesetzt werden.

Ein schweres Bootunglück hat sich am Mittwoch bei Konradshöhe zugetragen. Mit einem gemieteten Boot fuhren der 35 Jahre alte Restaurateur Hermann Kraft aus der Salzvedeler Straße 13, der 26 Jahre alte Waler Ernst Kleist aus der Wilhelmshavener Straße 19 und dessen 20-jähriger Bruder Willi Kleist aus der Havelberger Straße 34 auf den Tegeler See und die Havel hinan. Während der Fahrt wechselten die Freunde die Plätze, das Boot kam dadurch zum Kentern und alle drei stürzten ins Wasser. Trotz-dem man den mit den Wellen kämpfenden Freunden sofort zu Hilfe eilte, gelang es nicht, sie zu retten. Alle drei Personen ertranken.

Die Leiche eines 13-jährigen Knaben wurde gestern in der Obersee angetrieben und gelandet. Der Verstorbene war, wie festgestellt wurde, der Sohn eines auf der Fahrt von Berlin nach Breslau begriffenen Schiffers, der seit vier Tagen vermisst wurde. Jedenfalls ist der Knabe, ohne daß es bemerkt wurde, in das Wasser gestürzt und ertrunken.

Das leidige Anhängen. Am Mittwochnachmittag fuhr der Kutscher August Szloze mit einem zweispännigen, mit Stadtlaternen besetzten Reitwagen der Bahnamtlichen Reithilfs-Gesellschaft (Rehrter Güter-bahnhof) die Schwarzkeppstraße entlang. Vor dem Hause Nr. 12 lief der 14-jährige Willi Wunrich an den Wagen heran und hängte sich an die an der rechten Seite des Wagens herabhängende Kette.

